

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Wortprotokoll der 6. Sitzung

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Berlin, den 15. Dezember 2015, 13:00 Uhr
11017 Berlin, Wilhelmstraße 65
Jakob-Kaiser-Haus, Raum 415

Vorsitz:

Michael Müller

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1	Seite 4
Begrüßung	
Tagesordnungspunkt 2	Seite 4
Anmerkungen zur Tagesordnung	
Tagesordnungspunkt 3	Seite 4
Leitbild Teil A – Abschließende Durchsicht	
Tagesordnungspunkt 4	Seite 5
Leitbild Teil B – Fortsetzung der Diskussion	
Tagesordnungspunkt 5	Seite 41
Verschiedenes – u.a. Termine, Arbeitsprogramm	

Teilnehmer:

Michael Müller (Vorsitz)

Erhard Ott

Jörg Sommer

Abg. Sylvia Kotting-Uhl

Abg. Ute Vogt

Für Abg. Stefan Kanitz: Anna Bleser

Matthias Will (Mitarbeiter der Abg. Ute Vogt)

Jürgen Voges (Geschäftsstelle)

(Beginn der Sitzung:13:04 Uhr)

Tagesordnungspunkt 1 **Begrüßung**

Vorsitzender Michael Müller: Guten Tag! Danke, dass Sie/Ihr da seid.

Tagesordnungspunkt 2 **Anmerkungen zur Tagesordnung**

Tagesordnungspunkt 3 **Leitbild Teil A – Abschließende Durchsicht**

Vorsitzender Michael Müller: Wir wollen direkt anfangen nochmal mit dem Leitbild A. Da hat Herr Grunwald an zwei Stellen noch Veränderungen gewünscht. Vielleicht können wir das eben durchgehen. Das war hinten in dem Teil 2.4, wo er bei dem Grundsatz 6 eine... statt, wenn ich das jetzt richtig sehe, „Eine spätere Korrektur...“, das präzisiert in: „Die Möglichkeit einer späteren Korrektur...“ – das ist auf der Seite 5, im ersten Absatz, der letzte Satz. Ich habe da keine Schwierigkeiten mit.

Ja? Einverstanden? Übernehmen wir das dann so?

Jörg Sommer: (Bemerkung bei ausgeschaltetem Mikrofon.)

Vorsitzender Michael Müller: Ja, aber ob da „Die Möglichkeit einer Korrektur“ steht oder „Die Korrektur“...

Jörg Sommer: (Bemerkung bei ausgeschaltetem Mikrofon.)

Vorsitzender Michael Müller: Aber ich finde... Also ich sage das auch nur, um einen Kompromiss zu machen. Ich persönlich bin auch der Meinung, wenn da steht: „Die spätere Korrektur

von Fehlern...“ ist das eigentlich klar, weil sich das auf die Fehler bezieht und nicht auf... Ich glaube nicht, dass jemand sagt: Wenn man da Fehler erkennt, dann reden wir über die Möglichkeit, sondern dann reden wir über die Korrektur. Aber letztlich, finde ich, ist das kein so großer Streitpunkt.

Also bitte, wer möchte etwas dazu sagen? Das ist auf der Seite 5.

Abg. Ute Vogt: Grunwald, Teil A?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, da ist es der Punkt 2.

Abg. Ute Vogt: Jetzt habe ich es.

Jörg Sommer: Also ich kann damit leben, aber da schlägt der Buchautor in mir durch. So wie es jetzt da steht, ist es korrekt - sachlich. Es geht nämlich nicht darum, dass die Möglichkeit gewährleistet werden soll – das steht in dem Satz davor -, sondern es geht darum: Wie wird die Korrektur später umgesetzt? Und die muss transparent mit breiter Beteiligung umgesetzt werden. So steht es jetzt drin. Und der Vorschlag von Herrn Grunwald an dieser Stelle - ansonsten habe ich große Sympathie für seine Vorschläge - macht es nicht besser, sondern missverständlicher.

Erhard Ott: Also ich finde das auch. Der jetzige Satz ist präzise und bedarf eigentlich keiner... Ja, das ist eine leichte Verbesserung, die nicht besonders schädlich ist, aber ich finde der Satz in der ursprünglichen Fassung, wie er hier steht, ist korrekt.

Abg. Ute Vogt: Ach so, er meint - jetzt habe ich es überhaupt erst kapiert – ich vermute, dass er meint, dass es möglicherweise Fehler geben kann. Also, ich glaube, dass er einfach die Fehler etwas relativieren will; dass es nicht unbedingt Fehler geben muss.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, aber das schreibt er.

Abg. Ute Vogt: Er schreibt ja: „Die Möglichkeit einer späteren...“ Also, ich finde auch den ersten besser, der ist klarer.

Erhard Ott: Genau.

Abg. Ute Vogt: Ja, das stimmt.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, Herr Sommer, alles okay?

Abg. Ute Vogt: Lassen wir den Satz, so wie er ist.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, Grundsatz 8. Da bittet er den vierten Satz: „Die Kommission will beispielhaft eine Konfliktkultur aufzeigen...“ – diesen Satz an das Ende zu setzen, also dieses Absatzes. Dagegen habe ich nichts.

(Zustimmung)

Vorsitzender Michael Müller: Dann machen wir das. Okay. Sind wir dann damit mit dem Entwurf Teil A Leitbild durch? Das stelle ich jetzt so fest.

(Zustimmung)

Abg. Ute Vogt: Das haben wir doch jetzt auch schon ein paar Mal abgeschlossen.

Vorsitzender Michael Müller: Bitte?

Abg. Ute Vogt: Das hatten wir ja schon öfter mal abgeschlossen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Tagesordnungspunkt 4 Leitbild Teil B – Fortsetzung der Diskussion

Vorsitzender Michael Müller: So, Teil B gehen wir jetzt einfach so durch. Teil B, Punkt 1.1.

Guten Tag! (Abg. Sylvia Kotting-Uhl kommt in den Raum)

So, also Teil 1.1. Bitte?

Abg. Ute Vogt: Bei dem Teil B vom Kollegen Kainitz ist im letzten Absatz ein Strich an der Seite.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ich verstehe das nicht.

Abg. Ute Vogt: Ich glaube, da geht es um die „bestmögliche Lagerung“ – ich glaube, das ist eher ein redaktioneller Punkt.

Vorsitzender Michael Müller: Nein, da hat der Herr Grunwald einen Vorschlag gemacht. Vielleicht sollte das ein Hinweis darauf sein, weil da steht: „für die unter Sicherheitsaspekten bestmögliche Lösung“ und hier steht: „Der Weg zur bestmöglichen Lagerung“.

Abg. Ute Vogt: Also, ich finde... Ich würde es nicht einschränken auf die Sicherheitsaspekte, weil es geht ja...

Vorsitzender Michael Müller: Ich auch nicht.

Abg. Ute Vogt: Wir haben ja auch andere Kriterien, wie Tourismusgebiete, Wohnbevölkerung, Besiedlungsdichte – solche Sachen. Also es geht nicht allein um die Sicherheit. Die steht sicher im Vordergrund, aber ich würde die Einschränkung ungern haben wollen.

Vorsitzender Michael Müller: Zumal die ja auf der nächsten Seite noch mal ist.

(Bemerkungen bei ausgeschalteten Mikrofonen.)

Vorsitzender Michael Müller: Also, ich wiederhole noch mal: Es gibt eine Vorlage, die ist 4-19 von Herrn Grunwald, und er bittet in Kapitel 1.1 in der vorletzten Zeile zu ergänzen: „für unter Sicherheitsaspekten bestmöglichen Lagerung“.

Ja?

Erhard Ott: Auf der nächsten Seite steht ja auch wörtlich: „*Er soll die bestmögliche Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahren gewährleisten.*“

Vorsitzender Michael Müller: Ja, eben.

Erhard Ott: Also insofern ist der Sicherheitsaspekt hier noch einmal besonders hervorgehoben.

Vorsitzender Michael Müller: Gut. Ich verstehe das, ehrlich gesagt, auch nicht ganz, weil aus meiner Sicht ist das da drin.

Gut, dann kommen wir oben auf der Seite 2, da hat Herr Kanitz eine Änderung; da will er den Historiker Radkau streichen.

Abg. Ute Vogt: (Bemerkung bei ausgeschalteten Mikrofon.)

Vorsitzender Michael Müller: Weil da steht: „*Bitte löschen, weil sich der Ausstieg aus der Kernenergie auf den Teil der Stromerzeugung beziehen soll.*“ Nun steht da aber extra „*Atomenergie*“ – das ist aus meiner Sicht nur Stromerzeugung. Insofern begreife ich die Anmerkung jetzt auch nicht ganz.

Wer sagt etwas dazu?

Sie können ruhig etwas sagen, Frau Bleser. Kein Problem.

Anna Bleser: Also mehr als seine Erklärung habe ich nicht hinzuzufügen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, aber er sagt ja: „*Ausstieg aus der Kernenergie*“, und „*Atomenergie*“ ist nur Kernenergie. Also insofern...

Abg. Ute Vogt: Ja, aber, ich finde, das wäre jetzt nicht so tragisch an der Stelle, wenn es dem Seelenfrieden dient, finde ich an der Stelle ... kann man es machen.

Vorsitzender Michael Müller: Natürlich kann man es machen – ich begreife es nur nicht!

Abg. Ute Vogt: Ja, man muss nicht alles verstehen.

Vorsitzender Michael Müller: Oh, das wäre schön.

Abg. Ute Vogt: (Lachen)

Vorsitzender Michael Müller: Da bin ich anderer Meinung. (Lachen)

Gut. Dabei ist es doch so ein schönes Zitat.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: (Bemerkung bei ausgeschalteten Mikrofon.)

Vorsitzender Michael Müller: Ach, komm. Wir streichen es, obwohl ich es traurig finde, denn es gibt keinen, der so anständig gearbeitet hat auf dem Feld, wie Radkau. Aber, so ist das eben.

Jetzt 2.1. Da ist wieder an der Seite ein Strich. Ich weiß nicht, Frau Bleser, weshalb.

Abg. Ute Vogt: Ich glaube, das sind Rechtschreibsachen, oder?

Vorsitzender Michael Müller: Keine Ahnung.

Abg. Ute Vogt: Nee, da hat er dahinter einen Punkt gesetzt.

Anna Bleser: Genau, richtig. Deshalb ist das auch unterstrichen. Jetzt sehe ich es auch. Da hat der Punkt gefehlt. Das ist redaktionell.

Vorsitzender Michael Müller: Ach so. Ja?

Anna Bleser: Auf der allerersten Seite ist auch schon ein Rechtschreibfehler: „bestmöglichen Lagerung“.

Vorsitzender Michael Müller: Okay.

Abg. Ute Vogt: War der Mal Lehrer oder so?

Jürgen Voges: Nein, das darf nicht sein.

Abg. Ute Vogt: (Lachen)

Vorsitzender Michael Müller: Okay, okay, okay.

Abg. Ute Vogt: Ja, das ist schon richtig.

Vorsitzender Michael Müller: So, dann 2.1.1.

Ich bitte um Wortmeldungen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich finde es auch schwer verständlich, aber ich würde - also, jetzt nicht so für jedermann - aber ich würde auf Max Weber ungern verzichten, also der gehört schon irgendwo da rein.

Abg. Ute Vogt: (Lachen)

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Oder?

Vorsitzender Michael Müller: Ich will nur daran erinnern, dass es beim letzten Mal so war, dass man genau dieses Zitat drin haben wollte. Und insofern... Gut.

Ja, Herr Sommer?

Jörg Sommer: Also es mir geht es gerade umgekehrt - als in Tübingen studierter Soziologe könnte ich gerne auf Max Weber verzichten. (Lachen)

Vorsitzender Michael Müller: Ja, aber aus einer anderen Sicht, ne?

Jörg Sommer: Aber inhaltlich gehört er an der Stelle rein. Leider. Vielleicht muss man noch einmal erläutern. Aber es ist schon ein sehr, sehr korrekter und hilfreicher Verweis an dieser Stelle.

Vorsitzender Michael Müller: Ute.

Abg. Ute Vogt: Also ich finde halt, wir haben in der letzten Sitzung, wo ja auch der Kollege Kanitz dabei war - oder in der vorletzten -, lange darüber diskutiert, wie wir das halten mit zusätzlichen Ergänzungen und Hintergrundinformationen. Und dann haben wir auch wirklich gerungen drum und haben uns dann entschieden - entgegen dem Erstentwurf -, dass wir das in Kästen setzen für die, die es gerne vertieft haben wollen. Dann fände ich es jetzt schwierig, wenn man jetzt wieder jeden Kasten streicht. (Lachen)

Vorsitzender Michael Müller: Also mein Vorschlag wäre, dass man - weil das ja da in einem anderen Zusammenhang war; da war ja auch noch ein anderer Teil, der ganz rausgestrichen wurde -, dass man vielleicht noch ein bisschen etwas dazu erklärt: Protestantische Ethik und so, was das eigentlich bedeutet. Wo er ja genau, sozusagen, die Eigendynamik bestimmter technischer Prozesse beschreibt und dadurch... Ich teile übrigens die Position von Herrn Sommer mit der Kritik an Weber, aber trotzdem hat er mit der protestantischen Ethik einen wichtigen Hinweis gegeben. Also, dass man eher, sozusagen, da ein paar Ergänzungen macht anstatt ihn raus zu streichen. Ja?

(Zustimmung)

Vorsitzender Michael Müller: Dann sagt man noch einmal, warum gerade die protestantische Ethik, sozusagen, so eine Art - ich würde nicht sagen - Bibel, aber ähnliches, für Kritiker an Selbstlaufprozessen der Industrialisierung ist.

Gut. Einverstanden, ja?

Abg. Ute Vogt: Ja. Ich habe gerade die Änderungswünsche von Herrn Grunwald und der schreibt ja, dass er gerne - weil er den Kasten etwas verloren - dass er da den Hans Jonas gerne mit drin hätte. Ist das an der Stelle?

Vorsitzender Michael Müller: Nein, das ist etwas später.

Abg. Ute Vogt: Ah, das ist erst der nächste Absatz. Sorry.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist jetzt auf der Seite danach. Ja?

Also verstehe ich jetzt diese Seite, wo der Kasten ist, jetzt mit dem Hinweis: Wir machen da eine Ergänzung bzw. Erweiterung, wo wir ein bisschen die protestantische Ethik noch erklären, warum das gerade zur Technik eine wichtige Bedeutung hat, ja? Okay.

Dann die nächste Seite, die anfängt mit: „*Die Fortschrittsidee*“. Und da hat Hans Jonas, quatsch, Herr Grunwald den Vorschlag gemacht, bei dem zweiten Punkt noch etwas zu Hans Jonas zu ergänzen. Also da kann man gerne, wenn man das für richtig findet - und falsch ist es sicher nicht -, aus Hans Jonas' Einleitung noch einmal sagen, warum. Ja?

(Zustimmung)

Abg. Ute Vogt: Ja, wenn es dem Frieden dient.

Vorsitzender Michael Müller: So, nächste... Kommt da noch etwas auf dieser Seite?

Bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da habe ich auch so etwas wie einen Rechtschreibfehler. In dem dritten Absatz steht: „...mit dem Nobelpreisträger für Chemie ausgezeichnet wurde“.

Jürgen Voges: Träger.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „...mit dem Nobelpreis...“.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, Entschuldigung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Vierter Absatz: „...von allen Fraktionen im Bundestag unterstützten Beschluss...“ – das ist ja praktisch nicht so; die

Linke hat ja nicht zugestimmt. Also wir haben das später nochmal.

Vorsitzender Michael Müller: Ja. Oder „*Wille*“, dann schreiben wir „*Wille*“ statt von allen getragenen Ziel.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist der Beschluss an der Stelle, ne?

Vorsitzender Michael Müller: Wo ist das genau?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist auch wichtig. Das ist die drittletzte Zeile vom vierten Absatz: „...für den der von allen Fraktionen im Bundestag unterstützten **Beschluss**...“

Vorsitzender Michael Müller: Vielleicht kann man das teilen: Dass alle Fraktionen im Bundestag den Ausstieg wollen und dass der Beschluss mit breiter Mehrheit gefasst wurde.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, wenn man das so irgendwie formulieren könnte.

Jörg Sommer: Wobei wir schon aufpassen müssen bei dem Begriff der „geordneten Beendigung“. Da beginnt der Dissens.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, gut, aber so heißt das Gesetz leider.

Jörg Sommer: Jaja, eben. Drum haben ja auch nicht alle zugestimmt.

Vorsitzender Michael Müller: Gut. Also wir machen eine Unterscheidung, dass das Ziel von allen getragen wird und der Beschluss von einer breiten Mehrheit. Ja?

Noch etwas auf der Seite?

So, dann kommen wir auf die Seite, die mit 2.1.2 anfängt nach den zwei oberen Zeilen. Gibt es da zu den zwei oberen Zeilen noch etwas?

Nein. Dann also 2.1.2 „Rückverlagerung in den politischen Raum“.

Ach so. Der Herr Grunwald hat noch bei dem letzten Absatz von 2.1.1 doch den Vorschlag gemacht: „*Ausweitung der Bürgerbeteiligung ja, aber das reicht nicht. Es bedarf auch einer „Kultur im Umgang mit langfristigen Risiken“.* Wo sollte das denn hin?

Jürgen Voges: Letzter Spiegelstrich.

Vorsitzender Michael Müller: „...und einer neuen Kultur des Umgangs mit Risiken.“ Ja?

So, dann jetzt 2.1.2.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da ist nochmal „...von allen Parteien unterstützen...“ Ah, ne, da stimmt es dann: „...zu dem in Bundestag und Bundesrat von allen Parteien unterstützten Ausstieg aus der Kernenergie“.

Vorsitzender Michael Müller: Hmm.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, das kann man lassen.

Vorsitzender Michael Müller: So, der erste Absatz. Da war wohl wieder ein Schreibfehler: Das „zu“ – „*einzulagern*“, ist klar?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, aber ich würde nicht sagen „*einzulagern*“, sondern „*zu lagern*“, weil „*einzulagern*“ klingt mir so nach Endlager.

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, „*zu lagern*“ – übrig lassen.

Vorsitzender Michael Müller: „*Zu lagern*“, ja.

Der zweite Absatz... Also ich habe da nichts gegen.

Jörg Sommer: Die Kanitz-Änderung?

Vorsitzender Michael Müller: Jaja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich finde den Ursprungstext besser: „*Eine geordnete Beseitigung...*“ – Was soll denn eine „*dauerhafte Beseitigung*“? Beseitigung ist Beseitigung. „*Dauerhafte Beseitigung...*“, ne.

Vorsitzender Michael Müller: Ich glaube, wir können es ja so machen: „*Bisher gibt es aber keine Lösung für eine dauerhaft geordnete Beseitigung...*“

Abg. Ute Vogt: Ich habe den Eindruck, das bezieht sich darauf, dass er sagt – das steht ja in dem grauen Kasten daneben – dass auch die Zwischenlagerung zumindest eine geordnete und keine chaotische ist. Das ist, glaube ich... Dem kann ich sogar etwas abgewinnen. Dass man sagt: Also es war ja nicht so, dass es chaotisch abgewickelt wurde, es waren nur keine... Also insofern würde ich an der Stelle...

Vorsitzender Michael Müller: Also von mir aus.

Abg. Ute Vogt: Also insofern würde ich an der Stelle nicht rummachen.

Jörg Sommer: Ich will die Diskussion nicht wieder eröffnen, die vielleicht schon geführt und abgeschlossen wurde, aber ich halte „*Beseitigung*“ für den völlig falschen Begriff an dieser Stelle.

Vorsitzender Michael Müller: Wir hatten auch extra deshalb „*Lagerung*“ gesagt.

(Zustimmung)

Jörg Sommer: Funktioniert das damit nicht besser, mit „*Lagerung*“?

Vorsitzender Michael Müller: Dann machen wir statt „*Beseitigung*“, „*Lagerung*“.

Abg. Ute Vogt: „*Dauerhafte Lagerung*“.

Vorsitzender Michael Müller: So, das „zum Beispiel“ nehmen wir gerne auf.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Was ist denn sonst noch alles?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das frage ich mich auch, aber...

Ich würde es anders machen. Ich würde sagen: „insbesondere Bericht...“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, also „höchstens“. Weil ansonsten gibt es die Sicherheitsanforderungen...

Vorsitzender Michael Müller: Jaja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Es gibt Grundlagen über den geologischen Untergrund, aber Kriterien für ein Endlagersuchverfahren gibt es nur vom A-kEnd, meines Wissens.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, der zweite Spiegelstrich soll da jetzt gestrichen werden, obwohl das Original Jonas ist – den man ja vorher haben wollte. Wisst Ihr was? Wenn wir dann da vorne den Jonas reinnehmen, wie Grunwald vorgeschlagen hat, dann kann man den Satz ja genau dahintrücken.

Jörg Sommer: (Lachen) Das ändert aber nichts an der Kranitz'schen Formulierung: „Zu dramatisch formuliert“. Also, ich glaube nicht, dass...

Vorsitzender Michael Müller: Das ist Original Jonas, Entschuldigung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also ich finde das überhaupt nicht zu dramatisch.

Vorsitzender Michael Müller: Ich finde es schön, ehrlich gesagt, aber... Das ist heute in der Politik etwas schwierig für Leute, die – sozusagen – ein bisschen Poesie reinbringen wollen.

Abg. Kotting-Uhl: Also ich würde dafür plädieren, den Satz so zu lassen. Also wir haben jetzt schon – ich war ja auch dafür – wir haben jetzt so viel ausgeräumt schon aus dem Text...

Vorsitzender Michael Müller: Er wird nicht ausgeräumt, er wird nur an eine andere Stelle gesetzt.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich fand das hier eigentlich ganz schön, dass das jetzt nicht nur so pragmatisch ist.

Vorsitzender Michael Müller: Tja. Dann müssen wir abstimmen. Mir ist das egal. Also mein Vorschlag wäre nur gewesen zur Erleichterung, dass man das da vorne, wo Jonas ergänzt werden soll – also auf der Seite zuvor – dass man das dahinter setzt, also nachdem man eine Einleitung mit Jonas findet und dann warum. Und dann kann man diesen Satz bringen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wenn es zu dem Seelenfrieden beiträgt... (Lachen)

Erhard Ott: Insgesamt drin lassen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja? Also drin bleiben, nur eine Seite vor. Alles klar.

„Mit **Abschluss** der Endlagerkommission...“ – das sehe ich nicht. Ich finde, dass es **mit** der Endlagerkommission schon rückverlagert ist. Das kann ich auch nicht nachvollziehen. Die Kommission war doch gerade der Versuch der Rückverlagerung, oder nicht? Ja?

Jörg Sommer: Ich glaube, das ist ein Missverständnis bei der Frage: Was ist der politische Raum? Wie ist der definiert? Ist der politische der parlamentarische Raum? Ist da noch die Bemerkung von Herrn Kanitz. Aber so meinen wir das ja nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Ne. Politisch ist ja nicht nur parlamentarisch.

Anna Bleser: Ich glaube, das ist okay.

Vorsitzender Michael Müller: Okay. Da würde ich bei dem nächsten Absatz auch gerne eine Erklärung wissen: „...Empfehlungen und Verfahrensvorschläge...“ – Ich finde, es geht doch um Kriterien. Ich meine, wenn ich das erlebe, was das Zentrale in der Kommission ist, ist die Entwicklung – neben der Bürgerbeteiligung -, die Entwicklung von Kriterien. Oder?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Die können natürlich wenig wegweisend für andere Technologien sein; die sind eigentlich **nur** für die Endlagerung gedacht. Also vielleicht eine neue Form der Öffentlichkeitsbeteiligung usw. **eher** wegweisend.

Vorsitzender Michael Müller: Ja. Naja gut, das Kriterium langfristig zu Denken ist natürlich auch ein Grundkriterium?

Jörg Sommer: Aber ich glaube, Kriterien würden an dieser Stelle so gelesen, wie die Auswahlkriterien. Von daher...

Vorsitzender Michael Müller: Ich meine, dann würde ich einen anderen Vorschlag...

Jörg Sommer: Kanitz' Vorschlag macht sachlich Sinn - „Verfahrensvorschläge“, weil das inkludiert auch Bürgerbeteiligung.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, sollten wir nicht einfach sagen: „...sollten die Empfehlungen...“ – und dann das andere streichen – „...generell wegweisend...sein.“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde gerne die erste Hälfte des Satzes noch ändern.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, bitte.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Weil mir das immer noch...: „Damit die Kommission eine neues Grundvertrauen aufbaut...“ – das ist mir zu selbstbewusst. Ich würde sagen: „Um ein neues

Grundvertrauen zu ermöglichen, sollten die Empfehlungen und Kriterien...“; „...sollten die Empfehlungen **der Kommission**...“ – dann kann man die Kommission wieder mitreinnehmen. Also: „Um ein neues Grundvertrauen zu ermöglichen, sollten die Empfehlungen der Kommission auch generell wegweisend...“ usw.

Abg. Ute Vogt: Ich würde lieber haben wollen, dass man sagt: „Um...aufzubauen“ - weil es so ganz zu ermöglichen, ist so ganz... zurückhaltend.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „...neues Grundvertrauen aufzubauen...“

Abg. Ute Vogt: Ja, das finde ich dann...

Jörg Sommer: Müssen wir uns da mit dem Begriff des Grundvertrauens abplagen? Weil...das ist ein schönes Wort, aber ich halte es nicht für wirklich realisierbar. Ich glaube nicht, dass es uns gelingt, ein Grundvertrauen aufzubauen. Grundvertrauen ist ein Vertrauen, das auch dann funktioniert, wenn man etwas hinterfragt und keine Antwort bekommt oder die Antwort nicht genügt. Also Grundvertrauen ist das, was wir in der Schweiz erlebt haben in einigen Gebieten.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Jaja.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, aber das ist ja eigentlich auch unser Ziel.

Jörg Sommer: Ja, aber wie realistisch ist das Ziel, insbesondere in dieser Frage? Also wir diskutieren in der Arbeitsgruppe, die sich mit Konflikten beschäftigt - und auch in der Öffentlichkeits-AG - sehr intensiv, wie wir da einen vernünftigen Prozess hinbekommen können, **ohne** zu glauben, wir bauen dadurch ein Grundvertrauen auf.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: So etwas wie Grundvertrauen.

Jörg Sommer: Jaja, also, sozusagen, ein gewisses Misstrauen, das bleibt, auch zu respektieren und für den Prozess nutzen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das finde ich ja in Ordnung. Aber es geht ja hier, sozusagen, um Grundvertrauen für einen Umgang mit komplexen Technologien - das heißt aber nicht, dass ich in der Sache alles teile. Aber das ich den Eindruck habe, im Grundsatz machen wir es richtig. Und das, finde ich, ist schon ein Anspruch, den man haben sollte, nach meiner...

Jörg Sommer: Ja, ich will nicht wieder eine Diskussion aufwerfen, die vielleicht schon abgeschlossen ist.

Vorsitzender Michael Müller: Ne.

Jörg Sommer: Aber ich habe mit dem Begriff des Grundvertrauens da auch mit der Einordnung noch meine Schwierigkeiten.

Vorsitzender Michael Müller: Ich finde ja, dass das eines unserer zentralen Probleme ist: dass wir das Grundvertrauen verloren haben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja!

Jörg Sommer: Klar, aber wir werden die Art und Weise nicht aufbauen.

Vorsitzender Michael Müller: War das jetzt auf eins oder auf die Ad-hoc-Gruppe bezogen? (Lachen)

Jörg Sommer: Also ich bin mir da ziemlich sicher, dass da in beiden Gruppen weitgehender Konsens dazu besteht, dass wir nicht mit dem Begriff des Grundvertrauens operieren werden in der Beteiligung und dem Suchverfahren.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, dann sagen wir: „*neues Vertrauen*“. Obwohl ich das Grundvertrauen für etwas ganz Wichtiges halte. Meine – das sage ich jetzt mal - politische Erfahrung

war, dass ohne Grundvertrauen du politisch nichts bewirkst. Gut.

Jörg Sommer: Also wir können den Begriff des Grundvertrauens verwenden in dem Zusammenhang, aber dann müssen wir das anders – umfanglicher – machen und nicht in so einem Halbsatz. So tun, als wenn wir das ganz locker mal wieder aufbauen könnten.

Vorsitzender Michael Müller: Statt „*wegweisend*“, „*hilfreich*“, ja? Dann haben wir es auch entschärft, Frau Bleser.

Anna Bleser: Das ist aber okay.

Vorsitzender Michael Müller: Ja? Gut. Weil da an der Seite, da wird das ja kritisiert, deshalb.

Anna Bleser: Ne, es geht nur um das Wort Kriterien.

Vorsitzender Michael Müller: Okay, dann ist gut.

So, dann haben wir noch etwas auf der nächsten Seite – zwei Zeilen. Da wird aber nichts gesagt. Dann kann man das mal akzeptieren.

2.1.3.

Jörg Sommer: Da gibt es eine Anmerkung von Herrn Grunwald zu den zwei Zeilen: „*Bereitschaft zur Akzeptanz*“.

Erhard Ott: Aber ihm ist auch nichts Besseres eingefallen.

Abg. Ute Vogt: Das ist auch das Schwierige. (Lachen)

Jörg Sommer: Das hat aber nichts damit zu tun, dass uns nicht etwas Besseres einfällt... Ja, da hätte ich tatsächlich, aus der Diskussion der AG 1 heraus, einen Vorschlag.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, sag doch!

Jörg Sommer: Wir sprechen da nicht von „Akzeptanz“, sondern „Bereitschaft zur Toleranz“.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, darum geht es aber nicht. Toleranz ist etwas, was im Alltag ist. Hier geht es ja um Akzeptanz für längere Linie. Also von mir aus... Es geht darum, dass man kompromissfähig wird, ne? Oder konsensfähig.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „Bereitschaft zur Akzeptanz“ heißt ja noch nicht, dass es akzeptiert wird.

Vorsitzender Michael Müller: Eben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Sondern nur, dass man sich zumindest der Möglichkeit öffnet, dass man es am Ende akzeptieren kann/könnte.

Vorsitzender Michael Müller: „Bemüht.“

Jörg Sommer: Das ist eine Frage, wie man es liest.

Vorsitzender Michael Müller: Ja?

Jörg Sommer: Wir haben mit dem Begriff „Akzeptanz“...liest man schnell: Aha, das betrifft das Endlager. Oder betrifft es etwas anderes? Betrifft es diese gesellschaftlichen, gemeinsamen Anstrengungen?

Vorsitzender Michael Müller: Sag mal, haben wir ein Wort?

„...und die Bereitschaft zur Kompromissfindung.“ Statt „Akzeptanz“.

Jürgen Voges (BT): „Bereitschaft zum Kompromiss.“

Vorsitzender Michael Müller: „Bereitschaft zum Kompromiss.“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, ne, ne.

Vorsitzender Michael Müller: Aber „Kompromiss“, finde ich, klingt...Also ich finde...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das klingt immer so, als würde man irgendwo etwas nachlassen.

Vorsitzender Michael Müller: „Kompromiss“ finde ich schlimmer als „Akzeptanz“, ehrlich gesagt.

Erhard Ott: Wenn man den Satz davor liest... Dann ist das ein Zusammenhang, der natürlich richtig ist und insofern sollten wir den Satz so lassen, wie er da steht.

Vorsitzender Michael Müller: Finde ich eigentlich auch.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich bin auch für lassen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja?

Jörg Sommer: Also wenn ich es als gesellschaftliches Thema lese - und nicht als Endlagersuche -, kann ich mit dem Begriff der „Akzeptanz“ da auch gut leben an der Stelle.

Es wird sogar Kritik sein, falls sich jemand die Mühe macht, diesen Absatz zu lesen.

Vorsitzender Michael Müller: „Gesellschaftliche Akzeptanz“?

Also ich verstehe es auch jedenfalls nicht, so wie es Herr Grunwald schreibt: „friss oder stirb“. Das verstehe ich nicht in dem Satz. Also die Interpretation kann ich auch nicht nachvollziehen.

Jörg Sommer: Kleinen Vorschlag - der kann aber auch dämlich sein -, trotzdem bringe ich ihn mal.

Vorsitzender Michael Müller: Ja?

Jörg Sommer: „...zum Ringen um Akzeptanz.“ Das meint zwei Dinge: Zum einen...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, „*Ring*en“ ist aber „*Bereitschaft*“.

Jörg Sommer: Ja, die „*Bereitschaft zum Ringen um Akzeptanz*“ ist noch einmal ein Schritt mehr.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das „*Ring*en um Akzeptanz“...

Jörg Sommer: Das bedeutet nämlich beide Seiten: Die einen ringen darum, Akzeptanz zu erzeugen – und dazu müssen sie sich wirklich anstrengen. Die können nicht nur eine Bereitschaftsakzeptanz voraussetzen, so wie es jetzt da steht. Die anderen müssen mit sich ringen, ob sie etwas akzeptieren. Das ist der Hintergedanke.

Vorsitzender Michael Müller: „...und die Bereitschaft, zu einer Akzeptanz zu kommen, die in der Gesellschaft breit getragen wird“, oder was?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das „*Ring*en um Akzeptanz“ ist doch gut. „*Glaubwürdigkeit, Transparenz*...“

Vorsitzender Michael Müller: „...zum Ringen um Akzeptanz“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „...*Glaubwürdigkeit, Transparenz und das Ringen um Akzeptanz*.“

Vorsitzender Michael Müller: „...und die Bereitschaft...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne!

Vorsitzender Michael Müller: „...und das Ringen um Akzeptanz.“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Genau.

Vorsitzender Michael Müller: Naja...

So, dann sind wir jetzt bei 2.3.1.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Rechtschreibfehler im ersten Absatz: „*Bevor wir unwiderrufliche Tatsachen schaffen, sind denkbare Auswirkungen zu beachten*...“

Vorsitzender Michael Müller: Wo ist das? Entschuldigung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Erster Absatz. Ein „r“ und ein „n“ zu viel. Mehr habe ich da nicht zu meckern.

Vorsitzender Michael Müller: „...*unwiderrufliche Tatsachen schaffen, sind denkbare*...“ Ja, okay. Da war vorher immer ein „die“ davor.

So, zweiter Absatz, der letzte Spiegelstrich.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also „*nicht zwangsläufig*“ heißt eigentlich „*sie darf schon*“, aber nicht automatisch.

Abg. Ute Vogt: Jaja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber sie darf schon. Das ist eine Einschränkung.

Abg. Ute Vogt: Ich würde übernehmen „*die Anwendung der Technik*“ und beim zweiten sagen: sie „*darf keine schwerwiegenden*...“ – das, finde ich, muss bleiben.

Vorsitzender Michael Müller: Also „*die Anwendung der Technik*“?

Abg. Ute Vogt: Das kann man übernehmen.

Vorsitzender Michael Müller: Wobei es natürlich nicht nur um die Anwendung geht, es geht auch schon um die Entwicklung der Technik. Wenn ich auf eine bestimmte Technik setze, hat die zwangsläufige Folgen. Dann geht es nicht nur um die Anwendung. Das ist ja gerade, sozusagen, der Grundpunkt der Technikforschung: Zu sagen, man muss auch bei der Genese der Technik keine unwiderruflichen Tatsachen schaffen. Das war

früher anders, weil du früher eine klarere Trennung hattest zwischen Grundlagenforschung und Anwendungsforschung. Und je mehr die wegfällt, desto mehr ist eigentlich... gibt es keine Grundlagenforschung mehr. Und deshalb ist das schon erweitert richtig.

Abg. Ute Vogt: Ja, das stimmt. Ich bin überzeugt.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, was machen wir jetzt da?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das Original lassen.

Vorsitzender Michael Müller: Gut.

Abg. Kotting-Uhl: Den Satz mit dem Umweltrecht – das könnte ich akzeptieren, dass man den streicht.

Vorsitzender Michael Müller: Von mir aus können wir den Satz streichen, obwohl es genau darum geht, dass wir keine... Wie gesagt: Wir haben ja schon **in Europa** kein deutsches Umweltrecht mehr (Lachen). Weil die eine ganz andere Logik vertreten, ne? Die vertreten ja eher, sozusagen, Versicherungsprinzipien in Großbritannien, in Frankreich – auch ganz andere Liga als bei uns. Die Vernormung und polizeirechtliche Verfolgung – das ist eher ein deutscher Weg, ne? Aber gut. Wir können das streichen, das macht nichts aus.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da ist noch ein „es“ zu viel in der fünftletzten Zeile, am Anfang.

Vorsitzender Michael Müller: Was denn? „Wolf kritisiert zudem...“, oder wo?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Fünftletzte Zeile, gleich zu Beginn. Das „es“ ist zu viel.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das „es“ ist zu viel. Gut, die nächste Seite... Dann 2.1.4 „Leitbild Nachhaltigkeit“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Was meint er da, der Grunwald?

Vorsitzender Michael Müller: Herr Sommer, etwas ergänzen bei „Voraussetzung“ für Grunwald?

Jörg Sommer: (Bemerkung bei ausgeschaltetem Mikrofon)

Vorsitzender Michael Müller: Ja, wo ist denn „Chancen“? Ich habe das gar nicht...

Erhard Ott: Zweiter Absatz.

Vorsitzender Michael Müller: Ah ja! „...der Chancen und **Risiken**...“ - von mir aus, ich habe nichts dagegen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, das finde ich aber nicht. Also das... Ne.

Jürgen Voges (BT): Denn die Risiken...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, ne, das meint „Nachhaltigkeit“ auch nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Eben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Überhaupt nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Insofern ist es schon eigentlich richtig.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nachhaltigkeit meint, die Risiken zu minimieren und nicht, sie gerecht zu verteilen.

Vorsitzender Michael Müller: „...Verteilung der Chancen für heute und künftig lebende Generationen und die absehbaren Risiken zu vermindern.“ Okay?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „...und die Risiken zu...“?

Vorsitzender Michael Müller: „...zu vermindern“
oder „...zu vermeiden“?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „Minimieren“ – das ist
aus dem Strahlenschutz.

Vorsitzender Michael Müller: „...zu minimieren“
bzw. „...zu vermeiden“.

Jörg Sommer: Das würde dann heißen: „*Nach-
haltigkeit erfordert eine Minimierung der Risiken
und die gerechte Verteilung der Chancen.*“

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, können wir so
machen.

Jörg Sommer: Der Satz, ist der von Kanitz?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, das ist der Grun-
wald.

Jörg Sommer: Ne, der nächste Satz; der ist unter-
strichen.

Vorsitzender Michael Müller: Weiß ich nicht.
Das ist irgendwie durch den Computer reinge-
kommen – das war keine Absicht. Das muss wie-
der raus. Und da muss hinter Voraussetzung...

Anna Bleser: (Bemerkung bei ausgeschaltetem
Mikrofon)

Vorsitzender Michael Müller: Dieser Satz, der
unterstrichene, ist von irgendjemanden übernom-
men. Ich weiß aber nicht mehr, von wem. Den
hat irgendjemand beantragt.

Jörg Sommer: Aber, das ist jetzt kein Zitat?

Vorsitzender Michael Müller: Ne.

Jürgen Voges (BT): Nein, das ist kein Zitat.

Vorsitzender Michael Müller: Ich würde sogar,
ehrlich gesagt, den Satz rausstreichen, weil ich
auch nicht weiß, was er da im Augenblick soll.

(Zustimmung)

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dann streichen wir den.

Vorsitzender Michael Müller: So... Dann kom-
men wir zur nächsten Seite.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Hans Jonas...

**Anna Bleser: (Bemerkung bei ausgeschaltetem
Mikrofon)**

Jörg Sommer: Ja, das passiert aber verdächtig
häufig. (Lachen)

Vorsitzender Michael Müller: Warum soll das ge-
strichen werden?

Anna Bleser: Soll ich dazu etwas sagen, Herr
Müller?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, bitte.

Anna Bleser: Okay. Also, ich glaube, in dem Fall
ging es Herrn Kanitz jetzt weniger darum, das
vom Inhalt her rauszuhaben. Er ist einfach nur
der Meinung, dass das Thema Nachhaltigkeit
schon sehr detailliert beschrieben wird. Eigent-
lich...Nachhaltigkeit hat ja diese drei Aspekte:
Ökologie, Ökonomie und ... Was war das Dritte?
(Lachen)

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl und Vorsitzender Mi-
chael Müller:** Soziales.

Anna Bleser: Soziales, genau. Und das ist einfach
insgesamt jetzt schon auf, glaube ich, knapp ein-
einhalb Seiten. Wo man kürzt – es ging ihm jetzt
nicht um den Jonas -, sondern einfach nur das
ein bisschen zu kürzen/zu straffen.

Vorsitzender Michael Müller: Mein Vorschlag ist
dann: Wir machen das Zitat von Jonas da vorne
mit rein, wo wir ja noch eins gesucht haben und
dann den anderen Teil dahinter. Ich halte das für
unverzichtbar, mit der Bildung usw. Aber das
kann man dann auch, von mir aus, hinten in die

Sozialethik nehmen. Aber ich finde, das gehört rein. Wir haben heute kein Zukunftswissen an Schulen oder wo auch immer.

Jürgen Voges (BT): Also bis zum Zitat...

Vorsitzender Michael Müller: Das nehmen wir nach vorne.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und was passiert dann mit dem Rest des Abschnitts?

Vorsitzender Michael Müller: Den packen wir hinten in die Zukunftsethik.

Abg. Ute Vogt: (Lachen)

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber dann ist das dem Anliegen nicht genüge getan, weil dadurch ist nichts gekürzt. Dann könnten wir es auch da lassen.

Vorsitzender Michael Müller: Ist auch meine Auffassung. Aber... Bitte.

Jörg Sommer: Also, ich würde mich an der Stelle auch gegen eine Kürzung wenden, weil sie einen inhaltlichen Verlust ergibt, den ich nicht nachvollziehen kann und das gehört ja auch an diese Stelle zum Thema Nachhaltigkeit – das Zitat. Also da, sage ich jetzt mal, rumarrangieren, würde in der Tat kürzungstechnisch nichts bringen und wenn wir uns entscheiden, wir wollen das haben, dann gehört es hier rein und an keine andere Stelle.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, dann machen wir aber den ersten Satz von Jonas, den machen wir nach vorne und dann geht...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, ne. Der sollte da bleiben. Der ist schon gut, da wo er ist.

Vorsitzender Michael Müller: Von mir aus auch da, aber...

Erhard Ott: Das einzige Argument ist, dass der Text zu lang ist...

Vorsitzender Michael Müller: Dann lassen wir das hier.

Erhard Ott: Also wenn es das einzige ist, dann würde ich sagen, dann lassen wir es.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da bringen jegliche Verschiebereien gar nichts.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, okay. Wir lassen das.

Dann kommen wir zu den „Zehn Grundsätzen“. Da haben wir ja vorne, jetzt im Teil A, eine Änderung vorgenommen. Die kommt dann auch hier rein. Wir haben ja eine von den beiden Grundwald-Forderungen akzeptiert. Die tun wir dann auch hier rein. Okay.

Dann kommen wir zu 2.2 „Der Umgang mit Konflikten“. Da muss jetzt der Jörg Sommer etwas zu sagen und dann kommen wir zu 2.3.

Jörg Sommer: 2.2?

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Jörg Sommer: Da haben wir morgen die Redaktionssitzung.

Vorsitzender Michael Müller: Ne, ist ja klar - nur zu dem Zeitplan, damit wir informiert sind.

Jörg Sommer: Jaja. Morgen haben wir noch Redaktionssitzung – ich bin da sehr optimistisch, dass wir da auch hinbekommen. Es ist auch von der Länge her vernünftig.

Vorsitzender Michael Müller: Ja. Gut. Dann zu 2.3.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da soll der „Mythos“ gestrichen werden.

Vorsitzender Michael Müller: Ne, der ganze Ding, jaja. Wobei ich...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Schon wieder Radkau.

Vorsitzender Michael Müller: Wobei ich nicht verstehe, was da **nicht** eine „*neutrale Darstellung*“ ist – das war doch so. Brecht hat vom Paradies geredet, ne?

Anna Bleser: Ihm geht es vor allem um den Aspekt „**keine rationale Steuerung**“ und „**keine geklärte Verantwortung**.“ Darüber gibt es **keinen** Kompromiss...oder Konsens...

Vorsitzender Michael Müller: „...vertritt die These, dass die Kernenergie ein „komplex aufgeladenes Megaprojekt“ war. Punkt. Aus. Obwohl das ist Radkau, das ist nur nicht zitiert. Ich könnte es auch zitieren, aber lassen wir. Von mir aus: „...Megaprojekt war.“ Punkt.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber so eine richtige Aussage ist das dann eigentlich nicht mehr.

Vorsitzender Michael Müller: Bitte?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Eine richtige Aussage ist das dann eigentlich nicht mehr.

Vorsitzender Michael Müller: Naja, schon: „*ein Megaprojekt*“ – das ist schon eine Aussage. Ich teile das natürlich: Es gab keine geklärte Verantwortung, ganz überhaupt nicht. Da hat sich niemand mit auseinandergesetzt. Aber ich will mich da auch nicht streiten jetzt.

So, nächste Seite... Ist etwas anzumerken?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, das ist jetzt richtig gut geworden.

Vorsitzender Michael Müller: Dann 2.3.2 „*Phase zwei*“.

Anna Bleser: Da ist ein Rechtschreibfehler.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, habe ich auch.

Vorsitzender Michael Müller: Bitte?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Sollen wir die Rechtschreibfehler kurz melden?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, nehmen wir.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Fangen Sie an?

Anna Bleser: Ja... Ich habe auf Seite...auf der zweiten Seite von 2.3.2 „*Am 26. Januar...*“, der letzte Abschnitt: „*Ein Jahr später wurde das deutsche Atomprogramm vorgelegt.*“ – nicht „*vorgelegt*“.

Vorsitzender Michael Müller: „*Vorgelegt*“, jaja.

Anna Bleser: Ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Direkt davor, am Ende des dritten Absatzes noch „*Otto Hahn...*“ usw. „...*und ihre Mitstreiter widersprachen...*“.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, das wirkt immer ein bisschen albern, wenn man so etwas macht. Aber ich kenne das von mir selber...

Vorsitzender Michael Müller: Das liegt daran, dass man oft Sätze nochmal ändert.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Schon klar, aber man sieht selber irgendwann nicht mehr, weil wenn man dreimal durchgeguckt hat, fällt das nicht mehr auf.

Vorsitzender Michael Müller: Ich habe auch nichts dagegen. Ich will nur darauf hinweisen: Trotzdem haben wir uns viel Mühe gegeben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, wir meckern hier auch **gar nicht** am Inhalt rum.

Vorsitzender Michael Müller: Dann ist ja gut.
(Lachen)

So, dann sind wir bei 2.3.3. Da wird in Frage gestellt, dass, sozusagen, die mit dem...damals schon Wasserkraft und so... Ich kann gerne das Manifest da auch mal aufführen, das die Deutsche Physikalische Gesellschaft damals herausgegeben hat. Und die Deutsche Physikalische Gesellschaft ist eigentlich die Dachorganisation aller derjenigen, die dafür zuständig sind – die sich massiv für Solar und ähnliches eingesetzt haben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Machen wir doch eine Fußnote und geben die Quelle an.

Vorsitzender Michael Müller: Kann ich gerne machen, kein Problem.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist ja die Kritik von Herrn Kanitz.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, deshalb ja.

Anna Bleser: Ja, und da weiter unten der Satz: „Die **meisten** Energieexperten...**wollten nicht** die Kernkraft...“ Wenn man das belegen kann...rein statistisch.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, sage ich ja. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft – das ist die Dachorganisation von allen.

Anna Bleser: Gut, dann ist das so in Ordnung, glaube ich. Wenn da eine Quelle zu steht...

Vorsitzender Michael Müller: Das kann ich gerne... Das wissen nur sehr Wenige, aber das war in der Tat so. Bitte?

Erhard Ott: Weil das politisch betrieben wurde.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, klar. Das ist der Uranverein gewesen.

Anna Bleser: Können Sie mir noch einmal sagen: Wie heißt die Dachorganisation?

Vorsitzender Michael Müller: Die Deutsche Physikalische Gesellschaft. Der gehören **alle** an. Jeder in den Behörden, jeder Physiker, ist Mitglied der DPG...DPG heißt die. Wir suchen das nochmal raus und tun das dabei. So, vielleicht nun die nächste Seite. Ich glaube, „Phase drei“ ist dann durch.

„Phase vier“. Ich habe den Eindruck, wenn ich die Streichungen und Veränderungen sehe, dass da ein Missverständnis ist: Der Bundestag hat sich mit keiner anderen Frage damals, in den neunziger Jahren, so intensiv beschäftigt, wie mit der Frage Klimawandel und Atomenergie. Und die Aussagen, die hier – vielleicht ist das nicht hinreichend deutlich geworden – beziehen sich explizit auf die damaligen Arbeiten. Man muss ja wissen: Das war eine Kommission, der mehrheitlich Befürworter der Kernenergie angehörten und trotzdem kommt die, beispielsweise, zu dem Beschluss – ich will nur mal einen nennen: dass ein GuD-Kraftwerk heute weniger CO₂ in der gesamten Kette emittiert, als beispielsweise ein Atomkraftwerk. Zu solchen Ergebnissen kamen die da. Und zwar, wie gesagt, obwohl da, unter anderem, Michaelis drin war – das war der, der das Handbuch für Kernenergie geschrieben hat, also der Chef des wissenschaftlichen Beirats „Forschungsstätte Jülich“ – und andere Leute. Also **darauf** bezieht sich... auf diese Arbeit – vielleicht ist das nicht hinreichend kenntlich gemacht, das machen wir gerne nochmal. Aber da kann man, glaube ich, nicht schreiben: Da gibt es noch andere Meinungen. Das ist da halt **die Meinung** gewesen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber man merkt vielleicht jetzt daran, wenn dann so ein junger Abgeordneter, damit eigentlich gar nicht mehr viel anfangen kann. Das ist ja ein Weilchen her.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das ist ja klar. Das gebe ich ja zu. Also, man muss das nochmal erläutern; da bin ich ja sehr für. Aber das war damals die Ausgangssituation, dass ich große Probleme hatte, mich auf dieses Vorgehen zu einigen, das damals Bernd Schmidbauer - der spätere

Staatsminister bei Kohl - vorgeschlagen hat. Und das Ergebnis dieses Vorgehens war überraschenderweise für alle, dass sozusagen ein Konsens – und zwar ein absoluter Konsens – da war, dass die Kernenergie das Problem nicht lösen kann. Das war ja damals der Witz. Da haben wir auch die CO₂-Bilanzen aufgestellt usw. Und natürlich steht dann an der Spitze Braunkohle, danach kommt Steinkohle, usw. Aber dass das gar nicht die entscheidende Frage ist, sondern die entscheidende Frage ist: welche Art der Energieversorgung man hat. Und je verbrauchernäher man war, je mehr man beispielsweise Kraft-Wärme-Kopplung hat usw., entwickelt sich ein ganz anderes Bild. Und das war der entscheidende Punkt damals.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber wir haben ja einzelne Begründungen bei diesen Streichungsvorschlägen auch. Beim ersten ist es ja das Argument, dass das da nicht in den Kontext passt. Da gehen wir plötzlich in die Klimadebatte über. Naja gut, die Überschrift heißt auch „*Klimawandel und Kernenergie*“ – das stimmt.

Vorsitzender Michael Müller: Also, wir können das gerne nochmal versuchen, klarer zu machen. Also, für jemanden, der das schreibt und damals dabei war, ist die Sache klar. Es ist ja klar, dass jemand, der... So, Erhard.

Erhard Ott: Zu dem zweiten Vorschlag „*Kernenergie ist nachweislich arm an CO₂*“: Das betrifft allenfalls die reine Funktion der Stromerzeugung, aber nicht den gesamten Prozess - von der Gewinnung von Uran bis zur Endlagerung letztendlich.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, eben. Das muss man erläutern.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Naja, im Vergleich zu Kohle ist es schon CO₂-arm. Also da kann man jetzt nicht dran rütteln.

Vorsitzender Michael Müller: Nein, das tun wir ja auch nicht. Sondern es geht um die Systemzusammenhänge.

Anna Bleser: Es ging doch nur um den Konjunktiv, um das Wort „*sei*“, was zu ersetzen ist durch „*ist*“. Es geht doch jetzt gar nicht darum, das komplett raus zu streichen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Naja, es ist aber im Satzzusammenhang – es ist ja indirekte Rede. Da muss der Konjunktiv rein: „...*wurde von den Befürwortern*...“ usw.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, wie gesagt, der Nuklearstrom ist **nur** in der reinen Produktion CO₂-frei, aber nicht in der Kette.

Jörg Sommer: Also, da muss nicht grammatikalisch, sondern inhaltlich der Konjunktiv stehen.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, eben.

Jörg Sommer: Weil es schlicht und einfach nicht wahr ist. Und das ist ein Hilfsargument, mit dem wir auch heute noch konfrontiert werden.

Anna Bleser: Da ist genau der Dissens.

Jörg Sommer: Das ist ein Dissens, den müssen wir dann gegebenenfalls belegen, denn er ist belegbar.

Anna Bleser: Oder man lässt es einfach weg.

Jörg Sommer: Nein...

Vorsitzender Michael Müller: Das geht nicht.

Jörg Sommer: Das werden wir nicht können an der Stelle. Es mag vielleicht nicht jeder hören und lesen, was da steht. Aber dass die Kernenergie weitestgehend CO₂-frei sei, stimmt schlicht nicht.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wollen wir CO2-arm reinnehmen vielleicht?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, können wir mal gucken.

Jörg Sommer: Also, inhaltlich mit mir nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Also wir versuchen das jetzt einfach mal klarer zu beschreiben.

Erhard Ott: Wenn, dann muss auch klar sein, dass es nur um die Stromerzeugung geht.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, Ute Vogt.

Abg. Ute Vogt: Ich finde aber - in dem Zusammenhang -, wenn das da steht von den Befürwortern, dann kann man das auch verstehen als ein Konjunktiv, der zitiert, was die Befürworter gesagt haben. Und deshalb kann man auch, wenn man es inhaltlich anders sieht, das „*sei*“ ertragen, finde ich.

Vorsitzender Michael Müller: Also, mein Vorschlag wäre, dass man erstmal noch paar klärende Sätze macht. Dann - damit das auch klar ist, dass das jetzt sozusagen nicht die Position sein muss des Schreibers, sondern der damaligen Kommission -, setzt man es da in den Konjunktiv. Dann wird das klarer. Aber **nicht** streichen kann ich unten: „*Dafür gibt es verschiedene Gründe...*“, denn das erläutert das ja gerade.

Das müsste man höchstens noch klarer machen. Aber das ist ja die Erläuterung. Das ist ja auch das, was Erhard Ott gerade angesprochen hat.

Anna Bleser: Darf ich nochmal auf den Kommentar von Herrn Kanitz hinweisen genau dazu?

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Anna Bleser: Nämlich auf der neuen Seite erst. Da wird der TAB-Bericht zitiert, der gerade im Bundestag verabschiedet wurde.

Vorsitzender Michael Müller: Aber es geht ja hier nicht um den TAB-Bericht. Es geht um die damalige Untersuchung des Bundestages. Das ist ja explizit auf die damalige Kommission ausgerichtet.

Anna Bleser: Nee. Also...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, dann müsste das Ganze in indirekter Rede...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, sage ich ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: ... der Kommission zugeordnet werden. Das ist aber so nicht da.

Vorsitzender Michael Müller: Das habe ich aber soeben gesagt, dass ich das machen will dann.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, und was sagt der TAB-Bericht?

Anna Bleser: Also, ich glaube, Herr Kanitz wird damit nicht einverstanden sein. Aber mehr kann ich dazu jetzt, glaube ich, auch nicht sagen.

Vorsitzender Michael Müller: Aber die Lastfolgeabhängigkeit ist noch etwas anderes als die Frage der Systemzusammenhänge.

Herr Sommer.

Jörg Sommer: Also, wir werden nicht umhin kommen, wenn wir das konsequent aufarbeiten wollen, auch über diese Phasengeschichte zu dem Mythos der Umweltfreundlichkeit der Kernenergie etwas zu sagen – CO2-bezogen. Wir stellen aber fest, dass es so, wie es jetzt ist, nicht selbsterklärend ist und durchaus auch Widerspruch indiziert. Also, man wird diesen Absatz überarbeiten müssen und deutlich herausarbeiten müssen, dass es damals Kommission... Und man wird die Möglichkeit natürlich in der Formulierung **finden müssen**. Dass man damit leben kann, sage ich jetzt mal. Aber wir müssen es auch deutlich artikulieren, dass es hier nicht darum geht,

dass wir wider besseren Wissens aus einer ökologischen Energieproduktion aussteigen wollen. Das müssen wir schon bearbeiten.

Vorsitzender Michael Müller: Also, ein paar Zitate auch aus dem damaligen Bericht da rein setzen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, es muss vor allem klar werden, dass das was da steht, das ist, was damals diese Kommission herausgearbeitet hat. Das kommt bisher nicht klar raus. Bisher hat man schon den Eindruck, das sind jetzt Aussagen der jetzigen Kommission - weitgehend. Also, wenn man das alles klar macht, dass das damals das Fazit, was zum Schluss da steht, aber dass man das sozusagen einleitend schon mal benennt. Dann finde ich, müsste das getragen werden können insgesamt.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, machen wir.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und dann steht da am Ende des vierten Absatzes, oder in der Mitte ungefähr, also auf der nächsten Seite, steht nochmal die „Kommission“. Das muss bitte immer entweder die „Enquete-Kommission“ oder die „damalige Kommission“.

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Sonst kommt das zu Verwechslungen.

Vorsitzender Michael Müller: Obwohl es sich natürlich bezieht auf den Absatz

„Das übereinstimmende Fazit der Klima-Enquete-Kommission...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Trotzdem!

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, ist klar. Das war aber die damalige. Okay.

Gut, also das Ganze wird dann nochmal klarer gemacht und in den Konjunktiv gesetzt.

Dann kommen wir zu 2.3.5.
Da streichen wir dann da oben

„Aber die Debatte war nicht ergebnisoffen.“

Das war sie zwar auch nicht, aber ist egal.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich habe da bei dem dritten Absatz:

„Nach einer kurzen Phase scheinbarer Beruhigung kam es am 26. April 1986 zu einer Kernschmelze...“

Das wird so in einen Zusammenhang gestellt, der irgendwie nicht geht.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das muss man ein bisschen anders... Also, ich habe jetzt mal reingeschrieben:

„...scheinbarer gesellschaftlicher Beruhigung...“

Um zumindest klar zu machen, es geht jetzt nicht um eine Beruhigung innerhalb der Technik. Aber das löst das Problem noch nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Schreiben wir:

„...Beruhigung des Protestes...“ - war ursprünglich gedacht.

Ich habe da auch lange drüber nachgedacht. Mir ist da auch nichts Besseres eingefallen. Oder man schildert einfach:

„Am 26. April kam...“ und lässt das raus.

Jörg Sommer: Dafür würde ich auch plädieren, weil das ist eine komplizierte soziologische Analyse. Ich weiß, dass gerade in den Jahren viele Anti-Atom-Gegner einfach hauptberuflich in der Friedensbewegung engagiert waren.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, schon richtig.

Jörg Sommer: Andere Themen poppten da auf, waren wichtiger. Deshalb... Wir brauchen das nicht. Ich glaube, sonst müssten wir das erklären.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dann lassen wir das weg.

Vorsitzender Michael Müller: Einfach weg, ja? Und da oben, wie gesagt, das haben wir gestrichen, Frau Bleser, ja?

Anna Bleser: Ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und dann hätte ich noch beim zweitletzten Absatz:

*„Mit dem Wahlsieg von SPD und Grünen
...“*

Wäre die Frage: Da steht jetzt also der Atomausstieg und dann

„Ferner wurde... das Erkundungsmoratorium...“

Ob man da nicht noch reinnimmt, weil das **gehört** zu dem Komplex,

„Die Wiederaufarbeitung und das Konzept der standortnahen Zwischenlagerung“.

Weil das war ja alles ein Komplex, der gemeinsam beschlossen wurde.

Da würde ich vorschlagen, also vor „Ferner“:

„Die Wiederaufarbeitung wurde verboten und zur Vermeidung von Transporten die standortnahe Zwischenlagerung beschlossen.“

Und dann weiter mit „Ferner wurde...“.

Vorsitzender Michael Müller: Dann sag mal eben bitte den Satz auf dem Papier und dann machen wir das, wenn keine Widersprüche sind. Einfach einen Satz.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja. Und dann wäre die Frage, ob wir... Dann geht es ja weiter:

*„Mit **dieser** Vereinbarung wollten die beiden Parteien...“*

Also entweder „Mit **diesen** Vereinbarungen...“

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, Okay.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Okay, gut.

Vorsitzender Michael Müller: Also da kommt jetzt noch „Zwischenlagerung“ und was war das zweite?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Die „Aufarbeitung“. Ich schreibe es auf.

Vorsitzender Michael Müller: Danke.

So, dann wir der gleich nochmal vorgelesen, der Satz, und dann die Frage: Gibt es noch etwas zu 2.3? Nicht der Fall. Dann kommen wir zu 2.4.

Also, nur damit es klar ist, Herrschaften, wir suchen da noch mal das Zitat - also was jetzt nicht hier entschieden ist. Wir suchen noch mal das Zitat, die Begründung für das damalige von der DPG, und wir erläutern, dass es sich bei dieser Kernenergiegeschichte damals vor allem um die Enquete-Kommission handelt. Die Arbeit der Enquete-Kommission.

Damit das klar ist, denn es gibt keine andere Kommission, die sich so intensiv mit diesem Zusammenhang damals beschäftigt hat. Also, ich meine jetzt auf der politischen Ebene.

So, 2.4. Herr Voges, dritter Absatz.

Jürgen Voges (BT): Ich glaube, die Begriffe „hochradioaktiv“ und „wärmeentwickelnde Abfallstoffe“ sind identisch. Weil hochradioaktive Abfallstoffe entwickeln die Wärme.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir nehmen den einen Ausdruck und international wird der andere genommen.

Vorsitzender Michael Müller: „Die Wiederaufbereitung im Ausland“, oder was?

Jörg Sommer: Ne, das ist gut. Wir lassen das so.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „Die Aufbereitung wurde verboten.“

Vorsitzender Michael Müller: Reicht?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Jaja.

Vorsitzender Michael Müller: Also Ihr wollt nichts zu...Okay.

Ja bitte, Herr Voges, weiter. Sind ja drei Punkte.

Jürgen Voges (BT): Ja, es gibt da

„Jedoch wurde im November 2015 das erste Endlager für hoch radioaktive wärmeentwickelnde Abfälle in Finnland genehmigt und wird in den...“ – das möchte Herr Kanitz – „...2020er Jahren in Betrieb genommen.“

Also, ich würde mir als Kommission keine Prognose darüber erlauben, ob dieses Endlager tatsächlich in Betrieb genommen wird, weil es hat natürlich sehr viele Versuche dieser Art gegeben, die dann im Laufe der nächsten fünf bis zehn Jahre dann doch nicht so klappten.

Abg. Ute Vogt: Also, ich würde sagen, wir streichen zweimal „wärmeentwickelnd“, weil das ist ein bisschen peinlich, und machen einen Punkt nach „genehmigt“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, oder schreiben:

„...und soll in den 2020er Jahren in Betrieb...“

Abg. Ute Vogt: Ja, oder das.

Vorsitzender Michael Müller: Das würde ich auch als Fußnote machen. Ich meine, man braucht ja nur zu sagen, dieses Atomkraftwerk 3, das sollte ja auch schon vor zehn Jahren in Betrieb genommen werden – am selben Standort.

Anna Bleser: Also den Vorschlag, den fand ich jetzt gut, aber das als Fußnote zu machen, glaube ich, stößt nicht auf die Zustimmung von Herrn Kanitz. Es wäre schon wichtig, das da zu nennen, damit man sieht, es gibt Fortschritte.

Vorsitzender Michael Müller: „...und soll nach Angaben der Betreiber...“, würde ich dann schreiben.

Anna Bleser: Okay.

Vorsitzender Michael Müller: Da wäre ich sehr vorsichtig. Ich bin nicht mal sicher, ob das Ministerium diese Position teilt, nach unserem Besuch dort.

„...und soll nach Angaben des Betreibers...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Statt „Jedoch“ würde ich „Allerdings“ vorschlagen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, geht auch. Alles mitgekriegt?

Okay, dann nächste Seite. Das waren wieder Rechtschreibfehler, oder was? Ach ne, da hinten. Entschuldigung, habe ich jetzt erst gesehen.

Jürgen Voges (BT): „...für die dauerhaft sichere...“ steht jetzt „bestmögliche“. Das kann man übernehmen.

Vorsitzender Michael Müller: Das war auch vorne überall unsere....

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Darauf hatten wir uns auch schon geeinigt, dass wir das durchgängig so machen.

Jürgen Voges (BT): Das ist irgendwo übersehen worden.

Vorsitzender Michael Müller: Da unten jetzt noch mit „Salzgitter“ und „20 Jahre“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, das ist alles richtig.

Vorsitzender Michael Müller: Okay?

Jürgen Voges (BT): Naja, ich möchte darauf hinweisen, dass die ersten Untersuchungen dieses Endlagers nicht 20, sondern 50 Jahre zurückliegen. Das fing 1976 an. Insofern ist von einem 20jährigen Genehmigungsverfahren zu sprechen...

Vorsitzender Michael Müller: Etwas verkürzt.

Jürgen Voges (BT): Etwas... 1976, also bis zur Inbetriebnahme wird man wahrscheinlich ungefähr 50 Jahre haben. Das man jetzt „20jähriges Genehmigungsverfahren“... Darum habe ich einfach „zeitaufwendig“ geschrieben.

Vorsitzender Michael Müller: Ich würde „zeitaufwendigen Genehmigungsverfahren“ lassen und dann eine Fußnote schreiben, wo man dann ein paar Sätze dazu sagt. Dass man '76 schon das erste... und dass das usw.

Ja? „zeitaufwendig“ lassen und da hinten dann eine Fußnote. Mit den '76 usw. Okay? Gut.

Die nächste Seite, da oben „Gorleben“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Jetzt habe ich irgendwas... Ich glaube, jetzt bin ich wieder... weil da keine Seitenzahlen sind.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, tut mir leid.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Jetzt waren wir bei 2.4.2. Nee, nee, ist alles gut. 2.4.2 kommt jetzt, ne?

Vorsitzender Michael Müller: Wir sind jetzt bei 2.4.2, auf der zweiten Seite. Also das fängt an unten... Nein, das endet jetzt mit:

„...entwickelnde Abfälle ausgebaut wird.“

Und die nächste Seite fängt an mit dem Spiegelstrich:

„- der Salzstock Gorleben...“

Ach so, jetzt bei dem von Herrn Kanitz, bei dem anderen ist 2.4.2 der Anfang dann.

(Durchblättern der Seiten)

Vorsitzender Michael Müller: So, ich mache das einfach so: dann frage ich zu 2.4.2 insgesamt. Das ist vielleicht leichter.

Da hatten wir am Anfang jetzt die Veränderung mit der Fußnote und bei „Salzgitter“.

Jürgen Voges (BT): Ich wollte nur sagen:

„...nach über 30 Jahren...“

Da ist auch wieder das Problem mit präzisen Zeitangaben. Die untertägige Erkundung wurde natürlich 1983 beschlossen und 2014 beendet. Zwischendurch gab es aber auch noch dieses 10jährige Moratorium, wo nichts stattfindet. Und es ist die Frage, ob die Erkundung tatsächlich 30 Jahre gedauert hat, wenn 10 Jahre Pause waren. Es gab ja dieses 10jährige Moratorium im Jahr 2001, wo das beschlossen wurde.

Vorsitzender Michael Müller: Nach dem Vertrag mit den EVUs, ja. Hat man 10 Jahre ausgesetzt.

Anna Bleser: „... nach 20 Jahren...?“

Vorsitzender Michael Müller: Gar nichts, oder?

Abg. Ute Vogt: Es steht ja oben im Text: „1977 - Standort - Nukleares Entsorgungszentrum“; also die Zahlen sind hier drin. Und dann kann man sich es ja auch ausrechnen. Das finde ich jetzt nicht so wichtig, dass das noch mal da drin steht, wenn es auch unklar ist. Wenn man dann schreibt: „20 Jahre“, und die Leute wissen nicht mit dem Moratorium richtig... Lass es weg.

Erhard Ott: Dann müssten wir den Text verlängern.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, eigentlich müssten wir den verlängern. Bitte, Frau Bleser.

Anna Bleser: Hat sich erledigt.

Vorsitzender Michael Müller: Okay.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Jetzt kommt das „kriteriengestützte Auswahlverfahren“ wieder. Nee, das geht nicht.

Abg. Ute Vogt: Ja!

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da lege ich wirklich mein Veto ein, in dem dritten Absatz.

Vorsitzender Michael Müller: Was denn?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Im dritten Absatz möchte Herr Kanitz:

*„Stattdessen benannte die Niedersächsische Landesregierung in einem **kriteriengestützten Auswahlverfahren** im Jahr 1977 das Gebiet über dem Salzstock Gorleben...“*

Das ist genau das, was selbst in vier Jahren Untersuchungsausschuss nicht in einem Konsens so gesehen wurde. Und das geht einfach nicht, sonst reißen wir die ganze Debatte wieder auf.

Anna Bleser: Kann man dann vielleicht sagen, dass man dieses „Stattdessen“ weglässt, weil das macht es ja so ein bisschen gegensätzlich. Man könnte ja auch einfach sagen:

„Die Niedersächsische Landesregierung benannte im Jahr 1977 das Gebiet so und so...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber das „Stattdessen“ ist schon... Ich meine, an der Historie kommt man ja nicht vorbei, dass das **bis heute** dort auch die Geschichte - zu der wir jetzt wieder zum Teil hier eingeladen worden sind im „Wendland“ - die hat wieder auf ihrer Einladung den Albrecht, wie er auf die Karte deutet und auf diesen Punkt. Und das ist einfach eine Sache für sich, diese Geschichte. Aber, das müssen wir schon so lassen, weil das ist...

Vorsitzender Michael Müller: Aber die Jahreszahl können wir doch reinschreiben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, die können wir nennen. Aber das „kriteriengestützte Auswahlverfahren“ – das geht nicht. Das konnte auch niemand nachweisen, dass das so ist.

Vorsitzender Michael Müller: Also, wir schreiben jetzt rein:

*„Stattdessen benannte die Niedersächsische Landesregierung im Jahr 1977 das Gebiet...“
usw.*

Matthias Will: „...im Februar 1977...“

Vorsitzender Michael Müller: Von mir aus auch das.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das sind auch wirklich Schlachten von gestern. Wir müssen da einfach Formulierungen vermeiden, die wieder zu neuem Aufstand führen.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, weiter. Dann bei 2.4.3 wird...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nee, nee, halt, ich habe da noch etwas. Ich habe noch auf der Seite 2, also von 2.4.2, in dem obersten Absatz in der Mitte:

„Die Schachtanlage Asse...“

Das ist jetzt wieder mehr etwas Redaktionelles. Da ist irgendwie etwas...

Vorsitzender Michal Müller: Wo war das bitte mit der „Schachtanlage“? Entschuldigung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: In der Mitte fängt es an:

„Die Schachtanlage Asse...“, ne?

Also, erster Absatz auf dieser Seite. Bitte, ich würde darum bitten, in Zukunft Seitenzahlen anzugeben.

Vorsitzender Michael Müller: Ich weiß auch nicht, warum die nicht drin sind. Keine Ahnung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist total verwirrend, wenn man die nicht hat.

Vorsitzender Michael Müller: Ist jetzt auch egal, wir haben es ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „Die Schachtanlage Asse“ und da muss stehen:

*„...in die, in den Jahren 1967 bis 1978
Abfallstoffe eingelagert wurden...“*

Da ist wieder irgendwas im Computer verschwunden.

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Okay?

Jürgen Voges (BT): Ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und dann am Ende dieses Absatzes habe ich etwas Inhaltliches. Da geht es um Konrad:

„...soll möglichst Anfang des kommenden Jahrzehnts...aufnehmen.“

„...ab Anfang des kommenden Jahrzehnts...“ Ja?

Das wird ja nicht in einem Jahrzehnt beendet sein, und schon gar nicht am Anfang des Jahrzehnts.

Vorsitzender Michael Müller: Wo steht das? Da unten.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Der letzte Satz vom ersten Absatz, ab:

„... möglichst ab Anfang des kommenden Jahrzehnts...“

Vorsitzender Michael Müller: Danke. Noch etwas zu 2.4.2?

Dann kommen wir zu „2.4.3 Die Endlagerung...“ Wir haben aber „Endlagerung“ bisher nicht genutzt. Sollen wir da auch wieder schreiben: „Die bestmögliche Lagerung...“ ? Bei 2.4.3 – die Überschrift. Da nehmen wir auch, wie üblich, „Die best...“

(Widerspruch)

Vorsitzender Michael Müller: „Die Endlagerung radioaktiver Stoffe“ Oder? Ja, gut.

2.4.3: Das ist relativ lang das Kapitel. Die erste Seite:

„In den Anfangsjahren...“ - bis 1963.

Die nächste Seite – das ist:

„... den Auftrag ...“ bis „... böten die...“

Da ist zum einen nochmal der Bericht... „*Undurchlässig*“, warum ist das „*undurchlässig*“ unterstrichen?

Jürgen Voges (BT): Die Unterstreichung ist aus dem Original des Gutachtens.

Vorsitzender Michael Müller: Okay, danke.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Sollten wir aber trotzdem rausnehmen, die Unterstreichung.

Vorsitzender Michael Müller: Was rausnehmen? Die Unterstreichung? Ja, gut.

Auf der nächsten Seite, da gibt es dann bei der Bundesanstalt für Geowissenschaft... Da wird „*Bitte Zitat einfügen und sonst streichen.*“ angemerkt.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Was meint er? Ach, die Quelle sollen wir nachreichen.

Abg. Ute Vogt: Das hatte Herr Wenzel vorgetragen und er hat dann gesagt, er bringt uns das noch und dann würde ich sagen, verfahren wir so: Wenn das Zitat kommt, lassen wir es drin. Wenn nicht, müssen wir es halt schweren Herzens streichen.

In den Fußzeilen steht das unten drin: „*Zitat laut Umweltminister Stefan Wenzel – Quelle wird nachgereicht*“.

Dann würde ich sagen, wenn es nachgereicht wird, kann es drin bleiben.

Jürgen Voges (BT): Ich hatte ihm auch noch eine Mail geschickt mit der Bitte, das nachzureichen - er hat aber nicht geantwortet.

Vorsitzender Michael Müller: Also, erneute Mail: Zitat oder...

Jetzt das zweite: „...*aufgrund des ‚Minimierungsgebot‘ nicht erwähnt.*“

Also: „*Die 1982...*“ usw.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da habe ich jetzt kein Problem mit der Änderung von Herrn Kanitz.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Voges dazu noch?

Jürgen Voges (BT): Ja, also diesen Absatz hatte ich ja eingefügt auf Bitten von Frau Kotting-Uhl. Und gegen die Änderung hätte ich jetzt auch nichts einzuwenden. Ich möchte nur bemerken, dass wahrscheinlich nicht wegen des „Minimierungsgebotes“ da zur Nutzung bereits vorhandener Bergwerke nichts drin steht, sondern es geht – im Hintergrund spielt eben das Endlager Schacht Konrad eine Rolle.

Man hat sozusagen zwar dem ganzen Sinne nach in diesen Kriterien davon geschrieben, dass es am besten ist, ein neues Bergwerk einzurichten. Aber ausdrücklich untersagt wurde das nicht, weil man eben Schacht Konrad vorbereitet hat. Und von daher ist auch die Frage, ob man diesen ganzen Absatz, den ich jetzt hier nachträglich geschrieben habe, braucht.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, gut, aber wir übernehmen jetzt die Änderungen und... – oder? Damit keine Debatte geht, machen wir das.

Okay, nächste Seite:

„Die Deutsche Atomkommission empfahl im Dezember 1963...“

Nein, es ist noch unten auf der Seite, Entschuldigung.

„...1963...für schwach- und mittelradioaktive...“

Aufnehmen? Nehmen wir auf.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wo ist denn...?

Jörg Sommer: Ich glaube, wir sind gerade verloren.

Abg. Ute Vogt: Bei dem Kanitz-Papier fängt es oben an: „Auch wurde die Langzeitlagerung...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ah, bei uns ist es aber auf der Seite unten.

Vorsitzender Michael Müller: Es ist unten der letzte Absatz, wo oben auf der Seite „...Möglichkeit einer Überwachung deponierter Abfälle.“ steht. Da ist unten der letzte Absatz - da wird von Herrn Kanitz empfohlen:

„...Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle...“

einzufragen.

So, und dann geht es auf der nächsten Seite weiter:

„...des Standortes Asse gab es nicht.“

Ne, bis da noch, Entschuldigung, ist noch unten vor „Zuständige Ministerialbeamte“. Davor soll eingefügt werden:

„Allerdings war damals eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung – auch in anderen Ländern - noch nicht Stand von Wissenschaft und Technik.“

Naja, weiß ich jetzt nicht. Ist die Öffentlichkeitsbeteiligung eine Frage von Wissenschaft und Technik oder der Politik und Gesellschaft?

Ich würde einfach sagen:

„Allerdings war damals eine breite Öffentlichkeitsarbeit nicht vorgesehen.“

Punkt. Aus.

Abg. Ute Vogt: Ja, schwierig. Das, glaube ich, kriegen wir nicht durch, weil ja nun ein Teil sich tatsächlich darauf beruft, dass es ja durch diese Kommissionen und durch die Anhörungen auch

die Gorleben – vor Ort –, dass es da ja durchaus Versuche gab, Öffentlichkeitsbeteiligung zu machen. Die war aber natürlich nicht zureichend.

„Allerdings war damals eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung...“

Vorsitzender Michael Müller: „...nur begrenzt möglich.“ oder „...begrenzt vorgesehen.“

Abg. Ute Vogt: Naja, aber in der Schweiz gab es das, zum Beispiel, schon immer. Insofern kann man nicht sagen:

„...in anderen Ländern nicht vorgesehen.“

Das stimmt nicht.

„Allerdings war damals eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung...“

Vorsitzender Michael Müller: „...nicht üblich“; „...nicht vorgesehen.“

Anna Bleser: Besser.

Abg. Ute Vogt: „Nicht üblich“ kann man sagen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „Allerdings war damals eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung noch nicht üblich.“

Abg. Ute Vogt: Ja, genau: „...noch nicht üblich“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und die „anderen Länder“ würde ich weglassen.

Abg. Ute Vogt: Ja, genau. Das mit dem „Stand von Wissenschaft und Technik“ passt auch nicht zu dem Thema.

Vorsitzender Michael Müller: So, jetzt die zweite Änderung da unten:

„Die Rückholung wurde im Jahr 2010 per Gesetz beschlossen.“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „Das Ziel der Rückholung wurde beschlossen.“ Also, die Rückholung selber – das ist das politische Ziel, aber dass sie deswegen beschlossen wurde...

Abg. Ute Vogt: Ich finde es schwierig, weil wir ja damals im Gesetzesverfahren ausdrücklich gesagt haben, die Kommission soll sich **auch** damit beschäftigen und das hat ja - also die AG 3 beschäftigt sich ja intensiv überhaupt erst mit der Frage, ob man jetzt die Rückholung will oder nicht. Und ich hatte den Eindruck, bevor wir die Kommission begonnen haben, war durchaus - vor allem aus Schleswig-Holstein - immer wieder das Thema „rückholbar“; also es gab auch welche, die gesagt haben, *überhaupt nie rückholbar*. Also ich finde nicht, dass es entschieden war mit dem Gesetz.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber da geht es nicht um Rückholbarkeit, sondern es geht um die Rückholung.

Vorsitzender Michael Müller: Um die Rückholung der Fässer.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Es geht nur noch um die Asse.

Abg. Ute Vogt: Ach, dann bin ich falsch. Ja, dann nehme ich es zurück.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Sechster Absatz.

Abg. Ute Vogt: Ja, dann stimmt es.

Vorsitzender Michael Müller: Ja was sollen wir jetzt machen?

Abg. Ute Vogt: Dann kann man sagen:

„Die Rückholung wurde im Jahr 2010 per Gesetz beschlossen.“

Das stimmt.

Vorsitzender Michael Müller: Dann machen wir das und den Rest streichen wir raus. Das ist ja egal.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, aber da steht jetzt überhaupt nicht mehr, warum das rückgeholt wird. Das könnte man jetzt so lesen: Aha, da das nur zu Versuchszwecken eingelagert war, muss es rückgeholt werden. Also, irgendwo, dass das Ding...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, da muss man schon schreiben, dass es da ein Problem gegeben hat.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dass da ein Problem ist, sollte schon irgendwo auftauchen, ja.

Abg. Ute Vogt: Man kann ja sagen, erstmal:

„Die Rückholung wurde im Jahr 2010 beschlossen. Sie war notwendig, weil ...“

Und den Rest des Satzes hinten dran.

Vorsitzender Michael Müller: Weil die Grube abgesehen ist.

Abg. Ute Vogt: Genau.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das „notwendig“ kann man ja lassen.

„Die Rückholung wurde per Gesetz beschlossen, weil eine den heutigen Sicherheitsanforderungen...“

(Zustimmung)

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wobei das „heutige“ ich **auch** streichen würde.

Vorsitzender Michael Müller: Einfach „den Sicherheitsanforderungen“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, ne, das ist schon klar.

Abg. Ute Vogt: Die Alternative ist nur, man kann sie **so** nicht stilllegen. Man kann entweder **rausholen** oder die zweite Alternative ist, man müsste **fluten**. Aber bevor man die Stilllegung macht, muss man noch irgendwas tun.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Naja, man kriegt keinen Langzeitsicherheitsnachweis....

Abg. Ute Vogt: Und die politische Entscheidung war dann, dass wir rausholen statt fluten.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Schon mehr. Es ist einfach so, dass nur mit der Rückholung ein Langzeitsicherheitsnachweis zu führen ist. Und das ist die heutige Sicherheitsanforderung, dass ich Langzeitsicherheit schaffe.

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wir das doch so. Dann schreiben wir doch:

„Die Rückkehr wurde in 2010 per Gesetz beschlossen, weil... die Langzeitsicherheit nicht gewährleistet ist und deshalb...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, „die heutigen Sicherheitsanforderungen“ – das stimmt. Das ist schon richtig. Man muss es schon mal begründen...

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, deshalb das „weil“ dahinter. Gut.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also bei der Asse gab es ja noch so ein paar Besonderheiten. Und ich meine, dass das da auch noch kurz benannt werden sollte. Und zwar würde ich vorschlagen, einzufügen - nach dem 2. Satz

„Diese galten zwar als Versuchseinlagerungen und das gesamte Bergwerk wurde als ‚Versuchsendlager Asse‘ bezeichnet.“

Dann würde ich gerne einfügen:

„Es unterstand der Aufsicht des Bundesforschungsministeriums und des Bergrechts bis 2008, als radioaktiv verseuchte Laugen entdeckt wurden. Erst dann wurde das ‚Versuchsendlager Asse II‘ dem Bundesumweltministerium und dem Atomrecht unterstellt.“

Weil das ist schon ein wichtiger Aspekt, finde ich, in der ganzen Geschichte.

Und dann würde ich weitergehen mit

„Von Anfang an handelte es sich um ein Pilotendlager.“

Vorsitzender Michael Müller: Ja, Herr Voges.

Jürgen Voges (BT): Ja, es ist halt die Frage... Es soll ja noch einen zweiten Teil geben zu den einzelnen Endlagerprojekten, den ich ja auch geschrieben habe, der ja aber ewig lang ist und den ich auf jeden Fall noch kürzen muss. Und da kommt dann Asse II, Konrad und Morsleben und auch nochmal Gorleben vor. Das, was Sie da jetzt haben möchten, steht da alles drin. Die Frage ist, ob man das an dieser Stelle dann aufnehmen soll.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dann ist gut.

Jürgen Voges (BT): Da wurde der Begriff „**Atom-mülllager**“, der der gängige in der Presse war, dann durch „**Versuchsendlager**“ ersetzt. Ich glaube nicht – also, ich hänge nicht an dem Begriff „**Atom-mülllager**“, aber ich glaube nicht, dass man den Begriff „**Versuchsendlager**“ **heute noch** gebrauchen kann, weil der, sozusagen, belastet ist. Denn die Asse wurde als „**Versuchsendlager**“ bezeichnet. Und wir haben vorher geschrieben, dass es eigentlich ein „**Pilotendlager**“ war, weil dort die Endlagerung nicht... – da wurden nicht versuchsweise Abfälle eingebracht mit dem Ziel der Rückholung, sondern dort wurde die Endlagerung in einem Pilotverfahren erprobt. Und insofern würde ich einfach sagen, wenn man sich

da nicht einigen kann, dann schreibt man statt „Versuchsendlager“ einfach „Bergwerk“ oder so etwas.

Vorsitzender Michael Müller: Wir sind gerade bei der Asse?

Jürgen Voges (BT): Ja.

Anna Bleser: Also mit dem Begriff „Pilotendlager“ könnten wir auch leben - statt „Versuchsendlager“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nee, nee, stop - Einspruch. Das ist einfach nicht mehr richtig. Also, das wurde als Forschungsendlager ursprünglich bezeichnet. Aber zum Beispiel damals schon, in den nachfolgenden Jahren, ist in relativ vielen Teilgenehmigungen von Atomkraftwerken der Endlagervorsorgenachweis mit dem **Endlager Asse** geführt worden. Also, das ist relativ früh schon klar gewesen, dass es ein Endlager ist und da spricht jetzt keiner mehr heute von „Versuchs- oder Pilotendlager“, weil es völlig klar ist, dass es als Endlager konzipiert war.

Also, da müssten wir zur Not, wenn wir da einen Dissens haben, auch nochmal mit Michael Fuder drüber reden. Aber sowas kann uns **dort** alles einreißen, wenn wir da jetzt wieder mit diesem alten Begriff kommen.

Anna Bleser: Es handelte sich aber um ein Pilotendlager.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, 1967 handelte es sich darum, ne?

Vorsitzender Michael Müller: Herr Sommer.

Jörg Sommer: Also vor dem Hintergrund will ich den ursprünglichen Kompromiss „Atomülllager“ dann wirklich begrüßen. Dann ist das Endlager auch draußen, also das „Atomülllager“ so wie es da stand, bevor es gestrichen wurde. Alles andere war...

Abg. Ute Vogt und Abg. Sylvia Kotting-Uhl: (Bemerkungen bei ausgeschaltetem Mikrofon)

Jörg Sommer: Also, das ist mir jetzt neu, dass wir uns davon verabschiedet haben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: (Bemerkung bei ausgeschaltetem Mikrofon)

Jörg Sommer: Ja, sonst müssen wir eben auch „Endlager“ schreiben.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Voges.

Jürgen Voges (BT): „Beim Lager für radioaktive Abfallstoffe...“

Jörg Sommer: Also, jetzt wird es dann doch so langsam. Ich verstehe Ihren Versuch, aber... Vielleicht würde an der Stelle doch... Ich würde auch dem Herrn Kanitz empfehlen, mit dem „Atomülllager“ leben zu lernen, weil alles andere, was ich mir sonst vorstellen kann, würde ihm noch weiter Schmerzen bereiten.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wenn wir einfach schreiben: „Bei der Asse“ - wir beschreiben das ja vorher ausführlich genug, worum es sich dreht, bei der Asse und dann bei Morsleben nochmals „Endlager“ nehmen?

Vorsitzender Michael Müller: Herr Voges?

Jürgen Voges (BT): Ja.

Jörg Sommer: Also, meine richtigen Probleme fangen in der zweiten Hälfte des Satzes an. Ich bin mir nun nicht wirklich sicher, ob „die Pläne zur Stilllegung“ **erst** „zum Engagement von Bürgerinitiativen führten“ - also, das können wir so nicht schreiben.

Jürgen Voges (BT): Es ist tatsächlich so. Weil, es gab natürlich die Arbeitsgemeinschaft „Schacht Konrad“ und die Vorläuferorganisation, das war der Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atoman-

lagen. Die haben hin und wieder auch mal Flugblätter zur Asse oder etwas verteilt. **Aber richtig Protest** gab es erst, als es die Pläne zur Stilllegung gab. Das war... Die **Pläne zur Flutung** gab...

Jörg Sommer: Das führte zu einer Eskalation, aber ein Engagement war vorher auch schon da.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich erzähle Euch jetzt mal... Ich war 2007, als ich im Bundestag die Rückholung beantragt habe, war ich bei dieser Initiative vor Ort und ich musste die echt zum Ja-gen tragen, dass sie das überhaupt akzeptieren. Weil die sich damals im Kreistag darauf geeinigt hatten, das Ganze nur überwachen zu lassen. Also, das war wirklich – da war nix – das stimmt schon.

Ich meine, man kann es vielleicht - um jetzt nicht unnötig Zündstoff zu liefern - irgendwie gucken, dass wir es rausnehmen. Aber historisch stimmen tut es schon.

Jürgen Voges (BT): Außerdem steht dort:

„...in erster Linie...“

Also, es steht nicht absolut.

Jörg Sommer: Ich möchte nur, dass das klar ist – es gab vorher Akteure und Engagement.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Okay, dann schreiben wir doch:

„...brachen Konflikte erst durch die Pläne zur Stilllegung auf.“

Ja, einzelne wird es schon immer gegeben haben. Das kann schon sein. Denen das bewusst war.

Vorsitzender Michael Müller: Noch etwas, Frau Kotting-Uhl?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein, Herr Müller.

Vorsitzender Michael Müller: Dann kommen wir zu 2.4.3, die nächste Seite.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wir sind jetzt auf der Seite, die anfängt mit „Nur die übrigen Reststoffe...“, oder?

Vorsitzender Michael Müller: „Werden nur die übrigen Reststoffe...“ Ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Genau. Und da haben wir in diesem großen zweiten Absatz, viertletzte Zeile, wird das extrahierte Schwermetall benannt:

„...einem Prozent Plutonium und ansonsten aus Uran.“

Da fände ich einfach spannend - und zwar geht es mir da schon mal um die Transmutation auch - da fände ich einfach spannend, nochmal zu benennen, wieviel Uran, also welchen Prozentsatz das Uran an einem Brennelement überhaupt ausmacht. Also, ich meine es wären über 70, aber es sind, glaube ich, noch mehr.

Ich weiß nicht, Herr Voges, können Sie den Prozentsatz eruieren, oder soll ich es nochmal machen? Also, dass man da schreibt:

„...besteht zwar nur zu einem Prozent aus Plutonium und ansonsten aus Uran, das soundso viel Prozent des Brennelementes ausmacht.“

Das ist eine spannende Zahl.

Jürgen Voges (BT): Wenn es jetzt nicht um ein MOX-Brennelement geht, sondern um ein normales Brennelement, dann ist es insgesamt ja mit Uran-Pellets gefüllt. Und dann gibt es das Hüllrohr aus Zirkon und die Köpfe unten und oben. Und wenn es ein abgebranntes Brennelement ist, dann enthält es natürlich auch noch die übrigen radioaktiven Elemente. Das sind ungefähr 6 %, die bei der Wiederaufarbeitung dem entzogen

wurden. Ich habe jetzt aber in diesem Fall nur das Schwermetall hier aufgeführt.

Abg. Ute Vogt: Dann fragen wir das BMU.

Vorsitzender Michael Müller: Aus meiner Sicht muss da irgendwie ein Kasten oder etwas rein, wo das mal erklärt wird: was die unterschiedlichen Brennstäbe oder überhaupt auch Urananteile, welche Zusammensetzung die haben, was da auftritt usw. Es ist aber eine grundsätzliche Frage, die muss dann in einen Kasten oder wie auch immer.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dann machen wir das in einen Kasten. Da kann man nämlich auch **allein** in den Prozentzahlen, was ist in so einem Brennelement überhaupt drin; da kann man diese ganze Transmutation etwas entlarven. Weil die befasst sich wirklich...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ist schon begriffen, dass die Hintergründe... Aber ich finde, es muss einfach sauber wissenschaftlich mal dargestellt werden.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, okay. Gut. Dann machen wir einen Kasten.

Vorsitzender Michael Müller: Und ich finde, wir machen jetzt die Bitte an die Geschäftsstelle, dass sich dort einer darum kümmert. Muss ja nicht alles Herr Voges machen, da haben wir ja noch mehrere, die sich im Zusammenhang mit BMU oder BMBF - ich weiß nicht, wer dafür zuständig ist -, da mal so eine Aufstellung macht.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das BFS hat das meistens auch.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, oder BFS – wer auch immer, ja?

Jürgen Voges (BT): Also, das Problem, warum das hier auch so ein bisschen schwimmt, ist, dass eigentlich niemand so recht weiß, wo das Uran aus

der Wiederaufarbeitung denn letztendlich geblieben ist. Das soll ja aus Frankreich in die Sowjetunion oder später nach Russland verkauft worden sein und dort aber auch nur auf Halde liegen - ist aber nominell ein Wertstoff geblieben, ist aber nach unseren Maßstäben eigentlich Abfall. Das wäre dann, sozusagen, nochmal so etwas wie eine Recherche- oder Forschungsaufgabe, die ich, glaube ich, jetzt nicht mehr leisten kann.

Vorsitzender Michael Müller: Wir geben es an die Geschäftsstelle in Abstimmung mit dem BMBF. Der Herr Janß soll da jemanden bestimmen, der dafür zuständig ist.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Der das mit dem BFS abklärt. Das ist kein Hexenwerk. Also ich könnte das zur Not auch machen, aber mir ist es natürlich auch lieb, wenn es jemand anderer macht.

Vorsitzender Michael Müller: Dafür sind die ja da!

Abg. Ute Vogt: Können wir mal bitte weitermachen? Ich muss nämlich jetzt gleich zu meiner Fraktion.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich hätte schon seit einer dreiviertel Stunde da sein müssen.

Vorsitzender Michael Müller: Jetzt das Wenzel-Zitat. Müssen wir dazu noch etwas machen?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, also da hinten wird es jetzt schon nochmal ein bisschen heftig bei der Gorleben-Geschichte. Da habe ich selber auch noch... Ich weiß jetzt nicht, bei wem ich mich da in die Nesseln setzte, aber ich finde auf der Seite, wo der Vorschlag von Stefan Wenzel kommt und der Alternativvorschlag von dem Kollegen Kanitz, wäre ich mit den Alternativvorschlägen von Kanitz in beiden Fällen einverstanden. Weil ich finde, das sind sachliche Dinge, die frei-

fen auch nicht unbedingt diese großen Konfliktlinien auf. Also, dass es das Hearing gab, ist einfach so. Das war umstritten, aber...

Vorsitzender Michael Müller: Frau Vogt, was sagen Sie?

Abg. Ute Vogt: Ich verstehe es, ehrlich gesagt, noch nicht richtig. Wir sind bei dem, was Wenzel sagt. Wo sind wir denn jetzt?

„Auf Drängen der niedersächsischen Landesregierung...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, also die Seite... Unsere fängt an mit

„(Vorschlag Min. Wenzel:)“

Abg. Ute Vogt: Ja...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Genau.

Vorsitzender Michael Müller: Dann kommt kommentiert von Herrn Kanitz – zweimal –, VJG 1-3.

Jürgen Voges (BT): Also, zur Erläuterung: Herr Wenzel wollte das hier kursiv gesetzte alles gestrichen haben.

Abg. Ute Vogt: Jetzt habe ich es kapiert.

Jürgen Voges (BT): Und Herr Kanitz meinte aber, das entspricht alles dem ursprünglichen Text. Das sollte drin bleiben. Ich möchte nochmal darauf verweisen, dass ich hier nur Vorgänge aufgenommen habe, die sowohl im Mehrheits- als auch im Minderheitenbericht des Gorleben-Untersuchungsausschusses standen; und habe versucht nach bestem Wissen und Gewissen alles Strittige zu vermeiden.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, deswegen wäre ich auch damit einverstanden. Genau, also es sind keine Alternativvorschläge von Herrn Kanitz, sondern es soll nicht gestrichen werden. So.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Kanitz sagt, Original und begründet das. Und Herr Wenzel?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Der will das alles gestrichen haben. Und ich verstehe auch nicht, warum er das streichen will. Es gab ja andere Punkte, über die wir schon geredet haben, wo ich auch sagen würde, man muss die Konflikte nicht wieder aufreißen.

Abg. Ute Vogt: Doch, jetzt weiß ich es wieder. Wir hatten da letztes Mal drüber gestritten. Und zwar geht es um die Frage, wie wissenschaftlich arbeitet Herr Tiggemann Und der Problempunkt war, dass das, was da zitiert wird - jetzt habe ich es nämlich wieder bei der Fußnote, wenn Du da guckst. Da steht:

*„Vgl. ... Auswahlprozess...“ und dann
„Erstellt von Anselm Tiggemann.“*

Und das war das Problem, dass wir gesagt haben, das was der an Auswahlprozess dargestellt hat, war nicht das, wie es stattgefunden hat. Da er in seiner pseudowissenschaftlichen Arbeit jedenfalls die Belege schuldig blieb, weil er gesagt hat: diese KEWA-Nachstudie und diese ganze Geschichte. Und darum ging es in dem Zusammenhang. Und deshalb haben wir das gestrichen letztes Mal und haben gesagt:

„...stattdessen den Standort Gorleben,“ Punkt.

Das war der Hintergrund. Jetzt ist es mir wieder eingefallen.

Vorsitzender Michael Müller: Und was schlägst Du vor?

Abg. Ute Vogt: Wenzel.

Abg. Ute Vogt: Wir haben wirklich uns da geeignet letztes Mal darauf. Also, ich weiß es, wir hatten da **ganz lange** drüber diskutiert. Und dann haben wir gesagt, entweder müssen wir jetzt den ganzen Untersuchungsausschuss und jeder seine eigene Geschichte wieder... Und dann haben wir

gesagt, da machen wir den einen Satz und fertig.
Und deshalb würde ich das Kursive weglassen.

„...schlug den Standort vor.“ Punkt.

Es ist eine hochumstrittene Frage, ob es da überhaupt eine richtige Untersuchung gab und in welcher Tiefe. Und das ist alles in dem Untersuchungsausschuss hin und her geprüft worden. Und deshalb haben wir dann gesagt:

„Sie schlugen vor...“ Und Punkt.

Jörg Sommer: Ich verstehe das richtig, dass das **nicht** Konsens im Untersuchungsausschuss war?

Abg. Ute Vogt: Nicht Konsens.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Die Frage wäre nochmal, ich kann mich leider nicht mehr genau erinnern, **wie wir** das in **unserem** Bericht erwähnt haben. Herr Voges sagt, wir haben das auch, sozusagen...

Abg. Ute Vogt: Da steht:

„...prüfte ein Arbeitskreis... mehrere vorhandene Salzstöcke...über ihnen“ usw.

Und dann steht da, dass das alles von dem Tiggemann erstellt wurde.

Vorsitzender Michael Müller: So, jetzt Herr Voges.

Jürgen Voges (BT): Also, den Herrn Tiggemann hab ich eigentlich nur da rein genommen, um der CDU einen Gefallen zu tun. Damit das klar ist.

Abg. Ute Vogt: Aber **uns** ist Tiggemann ein Grusel.

Jürgen Voges (BT): Man kann da auch eine andere Quelle hinsetzen, weil es auch andere Quellen gibt. Da ist man auf den Herrn Tiggemann überhaupt nicht angewiesen. **Matthias Will:** Herr

Tiggemann hat selbst davon gesprochen, dass die KEWA-Nachbewertung eine...

Jürgen Voges (BT): Da steht keine... Also, die KEWA-Nachbewertung wird **nirgendwo** erwähnt. Es wird nur einfach gesagt, dass es diesen Arbeitskreis gab und dass der schematisch für ein 12km² großes WAA-Gelände...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Es geht hier doch gar nicht um die KEWA-Studie.

Jürgen Voges (BT): Es geht überhaupt **nirgendwo** um eine KEWA-Nachbereitung. Die ist nicht erwähnt.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist nicht mehr KEWA.

Jürgen Voges (BT): Da steht nichts davon drin. Man kann den Herrn Tiggemann auch rausnehmen.

Vorsitzender Michael Müller: Bitte: Einer. Sonst verstehe ich nichts. Also als nächstes dran: Frau Kotting-Uhl und dann nochmal Frau Vogt. Und dann wollen wir mal gucken, ob wir zu einer Entscheidung kommen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, ich habe letztes Mal auch heftig gegen die KEWA-Studie argumentiert, weil deren Nachweis, die sogenannte Nachstudie, die zweite, deren Nachweis nie geführt werden konnte - in dem ganzen Untersuchungsausschuss nicht. Aber auf die KEWA-Studie, so habe ich das jetzt gelesen, bezieht sich das gar nicht mehr. Und deswegen fand ich das okay, das drin zu lassen, was jetzt noch da steht. Also, das ist ja nicht mehr KEWA. Deswegen wäre ich jetzt damit einverstanden. Dass ein Arbeitskreis in Ministerien existiert, das ist ja leicht nachprüfbar, ob es den gab oder nicht.

Abg. Ute Vogt: Ja, die Frage ist nur, es wird aus dem Ding nicht ersichtlich. Was uns stört, ist mehr die Fußnote als die Beschreibung eines Arbeitskreises. Weil, es wird Bezug genommen auf

eine Studie „Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz (2010)“. Und das war eine Studie, die Herr Tiggemann erstellt hat im Auftrag der damaligen Niedersächsischen schwarz-gelben Landesregierung. Und diese Studie war aus unserer Sicht eine sehr politische - eine ausschließlich politische - und die wurde halt auch bewusst bestellt und um die ging es auch ständig. Und deshalb finden wir, wenn es keinen anderen Beleg gibt als diese Studie, dann lässt man es raus. Und wenn es einen anderen Beleg gibt, dann meinetwegen. Aber ich will nicht, dass diese Studie, die keine wissenschaftliche Studie war, sondern eine politische Auftragsarbeit, dass die da nicht drin vorkommt. Das unterstütze ich.

Vorsitzender Michael Müller: So, Herr Voges.

Jürgen Voges (BT): Ich brauche das nicht. Ich besitze auch die gesamten Originaldokumente des Arbeitskreises. Die sind auch dokumentiert vom Untersuchungsausschuss. Also auf diese Studie muss man sich nicht beziehen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, neue Fußnote und ansonsten alles gut.

Abg. Ute Vogt: Ja, ganz genau.

Vorsitzender Michael Müller: Okay. Noch etwas auf der Seite bis 2.4.3?

Abg. Ute Vogt: Ja, das Zweite, was Wenzel sich wünscht.

Vorsitzender Michael Müller: So, das wäre jetzt:

„Das Land Niedersachsen schlug stattdessen...“

Abg. Ute Vogt: Die Frage war nur, weil das Gorleben-Hearing... Also ich erinnere mich, es gab einen Streit darüber, dass das Gorleben-Hearing ja eigentlich eher pro forma war, weil es ja nicht vorher stattfand, sondern zwei Jahre nach der Entscheidung. Das was quasi ein nachgelagertes

Hearing und keine Bürgerbeteiligung im Sinne der Entscheidungsbeteiligung. Aber ich finde es in dem Fall nicht ganz so dramatisch, weil es hier ja auch drinsteht, dass die Entscheidung 1977 gefallen ist und im April 1979 erst das Hearing stattfand. Also, diese Anhörung war sehr problematisch in der Bewertung. Und alle haben wir eigentlich gesagt, es war kein richtiges Hearing. Aber ich finde, es wird eigentlich aus den zeitlichen Abläufen... Vielleicht kann man das nochmal erklären, dass es dann im Nachhinein...

Vorsitzender Michael Müller: „Die Niedersächsische Landesregierung... führte **erst zwei Jahre nach der Entscheidung**...“

Abg. Ute Vogt: Ja, oder so etwas, zum Beispiel.

Vorsitzender Michael Müller: „...ein hoch umstrittenes...“

Abg. Ute Vogt: Ja.

Vorsitzender Michael Müller „...führte zwei Jahre nach der Entscheidung ein umstrittenes Hearing...“

Jürgen Voges (BT): Es war umstritten, es haben 100.000 Menschen in Hannover demonstriert.

Abg. Ute Vogt: Also „...nicht... befrieden.“. Ich meine, wir machen das alles nur, weil es über Jahrzehnte eine nicht befriedete, bis zum heutigen Tag bei weiten Teilen nicht befriedete, Situation gibt. Und ich meine, ich kenne überhaupt niemanden, der auch nur teilweise befriedet ist - außer vielleicht uns jetzt durch die Kommissionsarbeit. Aber, ich finde, nee. Also ich finde: „nicht befriedet“.

Jürgen Voges (BT): Es geht um den Beschluss von Bund und Ländern im September 1977. Das müsste man einfach vielleicht hier, steht im Absatz davor:

„...der Beschluss von 1979...“

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, damals – `79.

Jürgen Voges (BT): Und so etwas, dann wird das vielleicht klarer. Das ist wahrscheinlich nur ein Missverständnis.

Vorsitzender Jörg Sommer: Also können wir in dem Absatz vorne anfangen, bitte, weil auch schon der erste Satz irgendwie grammatikalisch nicht funktioniert? Ich verstehe den nicht.

Jürgen Voges (BT): „Er sah zudem...“

Vorsitzender Michael Müller: „Er sah zudem...“ – noch besser. Ja.

Anna Bleser: Können Sie nochmal den ganzen Satz sagen?

Jörg Sommer: Genau.

Vorsitzender Michael Müller:

„Er sah zudem die bergmännische Erkundung des Salzstockes Gorleben vor, die mit Inkrafttreten des Standortauswahlgesetzes beendet wurde.“

Anna Bleser: Und der nächste Satz, bezieht der sich dann auf das Standortauswahlgesetz oder auf irgendwas anderes?

Vorsitzender Michael Müller: Schreiben wir doch:

*„Die Konflikte um Entsorgungsanlagen konnten **dadurch nicht** gelöst werden.“*

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein, das geht nicht... Es muss geklärt werden, was das für ein Beschluss ist.

Jürgen Voges (BT): „...der Beschluss aus dem Jahr 1977...“ kommt da nochmal hin.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Genau, um den geht es.

Vorsitzender Michael Müller: Alles klar, oder geklärt.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Jetzt habe ich mit dem nächsten Absatz Probleme:

„Zur Legitimität solcher Proteste...“

Also, erstens kann ich mich gar nicht erinnern, wann wir in der Kommission über die Legitimität solcher Proteste geredet haben. Und wer die legitim fand und wer nicht. Ich würde diesen ganzen Absatz streichen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja.

Jürgen Voges (BT): Meinetwegen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und beim nächsten Absatz:

„...gab die niedersächsische Landesregierung erst im September 2009 frei.“

Diesen nächsten Satz:

„Über die der Vorauswahl zugrunde liegenden Motive...“

Ist das nötig? Auch das würde ich streichen. Also:

„...gab die niedersächsische Landesregierung erst im September 2009 frei. Einigkeit besteht in der Kommission darüber, dass die bevorstehende Suche...“ usw.

Dass wir da keine Einigkeit haben - das ist jetzt doch nicht entscheidend an der Stelle, oder?

Jürgen Voges (BT): Gut.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und dann noch beim letzten Satz:

„Dabei gibt es keine Vorfestlegung auf ein bestimmtes Endlagergestein.“

Das „mehr“ würde ich auch streichen.

Vorsitzender Michael Müller: Diese vier Buchstaben streichen?

Jürgen Voges (BT): Ja. Meinetwegen kann der Absatz weg – alles.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nein, nein, nicht alles, um Gottes Willen.

Vorsitzender Jörg Sommer: Nicht gleich das Schwert rausholen!

Vorsitzender Michael Müller: So, dann die letzte Seite.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, da gibt es noch...

Vorsitzender Michael Müller: Da wird vorgeschlagen von Herrn Kanitz:

*„...das noch keine **umfassende** Beteiligung vorsah...“*

Matthias Will: Ja, das stimmt eben nicht. Beim Bergrecht gibt es keine Bürgerbeteiligung, nur beim Atomrecht. Das ist falsch.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, sehe ich auch so.

Matthias Will: Das war ja der Konfliktpunkt in den 80ern schon.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Kommt diese...

Vorsitzender Michael Müller: Deshalb muss das „noch“ raus:

*„...das **keine** umfassende Beteiligung vorsah.“*

Das „noch“ ist falsch:

„...das keine Bürgerbeteiligung vorsah.“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich hatte nur nochmal eine Frage jetzt:

„Die Transporte von Castorbehältern in das Brennelementelager Gorleben sind nicht mehr geplant.“

Kommt das irgendwo anders nochmal vor?

Vorsitzender Michael Müller: Das müsste eigentlich vorne zum „Standortauswahlgesetz“.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, das ist da bestimmt mit drin – denke ich auch. Weil das ist jetzt damit gestrichen.

Vorsitzender Michael Müller: Jedenfalls gehe ich davon aus, dass das Standortauswahlgesetz auch mit dem Grund gemacht worden ist, keine Transporte durchzuführen.

So, noch etwas?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Nee.

Vorsitzender Michael Müller: Dann gehe ich jetzt davon aus. Und wir halten fest:

1. dass vorne bei der Beschreibung des Standortauswahlgesetzes nochmal der politische Rahmen beschrieben wird, was das bedeutet; u.a. keine Transporte mehr.

2. dass wir mal eine Auflistung machen, was überhaupt technisch und physikalisch mit Brennelementen verbunden ist – das muss irgendwo mal rein. Wir brauchen nicht nur eine Abfallbilanz, wir brauchen auch eine **qualitative** Beschreibung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja.

Vorsitzender Michael Müller: Also es müsste dann am besten in die Abfallbilanz meines Erachtens - dieser Kasten.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Naja, weiß ich nicht, ob man den nicht auch dahin packen könnte. So arg umfassend wird der nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, lass mal gucken. Ist egal, wir haben auf jeden Fall Einigkeit, dass das reinkommt.

So, bei dem Rest machen wir... Da ist wohl der größte Klärungsbedarf nochmal bei dem Teil Atomenergie und...

Jürgen Voges (BT): Klimaschutz.

Vorsitzender Michael Müller: ...Klimaschutz. Das verdeutlichen wir. Da will ich gar nicht eine neue Debatte anfangen, sondern einfach nur zitieren, was damals die Erkenntnisse waren. Damals war die Hauptauseinandersetzung, deshalb sollte man das auch klar beschreiben. Also gar nicht irgendwas – es ist ein deskriptiver Teil.

Und ansonsten machen wir das heute fertig, damit das morgen in die Kommission gehen kann.

Ich will nicht verhehlen, wir haben natürlich die Schwierigkeit, dass wir mit dieser „Leitgruppe“ mehr vorlegen als alle anderen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Naja, wir haben auch nicht so viele Vorarbeiten zu leisten. Alle anderen müssen Anhörungen uns so etwas machen.

Tagesordnungspunkt 5

Verschiedenes – u.a. Termine, Arbeitsprogramm

Vorsitzender Michael Müller: Ist ja klar. Ich will nur sagen, das ist ein psychologisches Problem. Darf man nicht verwechseln. Ich merke das ja an vielen Diskussionen - da bitte ich dann auch um

Unterstützung. Also, ich sage nochmal, die Kommission hätte es in der Form nicht gegeben, wenn es nicht einen gesellschaftlichen Konflikt gibt. Es gibt nicht nur einen technischen. Es gibt auch einen gesellschaftlichen. Also muss man auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge aus meiner Sicht deutlich machen.

Das geschieht nicht aus Willkür, sondern es geschieht vor dem Hintergrund einer möglichen Verständigung.

Gut, dann vielen Dank. Wir sind mit dieser Ad-hoc-Gruppe nicht beendet, sondern wir sind mit diesen Teilen beendet. Wir müssen hinten bei der Sozialethik und auch bei der Technologiefolgenabschätzung noch einiges arbeiten. Aber das machen wir erst im nächsten Jahr.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Gut.

Vorsitzender Michael Müller: Herzlichen Dank!

(Schluss der Sitzung: 15:04 Uhr)